

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachpost Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 14. Februar 1928 Nummer 38

Generalangriff des Bürgerblocks und des Trustkapitals

800 000 Arbeiter vor der Entlassung Metallarbeiterausperrung am 22. Februar

Am 2. Dezember 1927 eröffnete die Großbourgeoisie den Generalangriff gegen die deutsche Arbeiterklasse mit der Androhung der Stilllegung der gesamten Stahl- und Eisenindustrie. 800 000 Eisen- und Hüttenarbeiter sollten brotlos gemacht werden zur Verhinderung des seit vielen Monaten felsenfest versprochenen Dreischichtensystems in den Hüttenbetrieben.

Am 7. Januar 1928 veröffentlichte die Vereinigten Unternehmerverbände ihr berüchtigtes „Notprogramm“, den strategischen Plan der Ausweitung der breiten Massen, der Errichtung einer unbeschränkten Diktatur des Trustkapitals, der Vernichtung jeglicher Sozialpolitik und Gemeindefürsorge, die den arbeitenden Massen zugute kommt. Kurze Zeit darauf erfolgte die Gründung des Lutherischen Bundes zur „Erneuerung des Reiches“, der schwerindustriellen Hilfsorganisation zur vollkommenen und reiblosen Unterordnung aller Zweige des Staatsapparates unter die Profitpolitik der großen Trusts und Kartelle.

Am 16. Januar schritt die Großbourgeoisie zur Durchführung ihres Programms, des Generalangriffs zur weiteren Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterklasse — die Metallarbeiter Deutschlands wurden in den Streik gedrungen, die minimale Forderung auf Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 15 Pf. brüst abgelehnt und mit dem provokatorischen Angebot von 3 Pf. beantwortet. Alle Versuche, mit Drohungen und Terror, mit Aussperrung der Unorganisierten gegen die organisierten Arbeiter, blieben wirkungslos. Nach 3 Wochen steht die Front der kämpfenden mitteldeutschen Metallarbeiter wie eine eiserne Mauer. Und jetzt host die Bourgeoisie zu einem neuen, noch wichtigeren Schlage gegen die Arbeiterklasse aus. Sie verkündet die **Generalensperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar**. Diese Aussperrungsandrohung ist von noch größerer Bedeutung als die Stilllegungsandrohung des Stahlstrafes vom 2. Dezember. Sie zeigt der deutschen Arbeiterklasse, daß die Generaloffensive der Großbourgeoisie nicht nur bereits begonnen hat, sondern daß die Bourgeoisie entschlossen ist, bereits vor Ablauf der Tarifverträge am 1. April der Arbeiterklasse eine Schlacht zu liefern, von deren Ausgang das Schicksal aller Lohn- und Arbeitszeitbewegungen in der nächsten Zeit abhängig ist.

Die Bourgeoisie erklärt kühn und offen, daß eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der deutschen Arbeiter für die Umfassung des deutschen Imperialismus unerlässlich ist:

„Der Zustand, daß jeder Tarifabsatz die Gewerkschaften zu einer Lohnforderung veranlaßt, ist volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernder Beunruhigung der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben wird, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende und damit zu einer vollkommenen Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen muß. Daraus ergibt sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die Lohnpolitik der deutschen Industrie werden muß.“

Über mit anderen Worten, ebenso wie die deutsche Arbeiterklasse mit Millionen Erwerbslosigkeit die Rationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft bejaht hat, ebenso soll sie jetzt mit einer weiteren Herabsetzung ihrer Hungerlöhne die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitalismus, die Wiederherstellung der ganzen wirtschaftlichen Macht des deutschen Imperialismus beschaffen. Erst vor wenigen Tagen verkündete Groener, der General der republikanischen Diktatur, den Trusten sein Programm für die militärische Überwindung der Hindenburg-Republik. Die ganze Bürgerblockfront, einschließlich der sozialdemokratischen „Opposition“, stimmte dem Etat für die militärische Aufrüstung zu. Nun präsentiert der Bürgerblock durch die Metallindustrie der Arbeiterklasse den Wechsel zur Bezahlung der wirtschaftlichen Maktstellung des deutschen Imperialismus. Die Lohn- und Arbeitszeitbewegung, die die Großbourgeoisie der Arbeiterklasse durch ihre Aussperrung aufzwingt, ist eine Schlacht gegen den deutschen Imperialismus, ein Kampf gegen die Beteiligung Deutschlands an dem nächsten imperialistischen Kriege.

Die reformistische Bureaucratie wird, wie stets, versuchen, die Aussperrungsandrohung als eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit und eine „Frönde gegen den Staat“ hinzustellen. Sie wird die demagogischen Wahlmanöver der Bürgerblockparteien im Reichstag zum Anlaß nehmen, um der Arbeiterklasse zu sagen: „Ist der Bürgerblock bestrebt gar nicht mehr, die Abwehr des Unternehmerangriffs hat nichts mit dem Sturz des Bürgerblocks zu tun. Wenn die deutsche Arbeiterklasse auf diesen reformistischen Schwindeln hineinfällt, wenn sie nicht die Lehren aus der Hüttenarbeiterbewegung des Jahres 1927 ziehen wird, dann ist der Kampf von vornherein verloren: der Bürgerblock, das ist die Einheitsfront der Unternehmerverbände aller Parteien, das ist das Regiment des Trustkapitals, das ist die Forderung der Aussperrungen, der Ausweitung der Arbeiterklasse. Die parlamentarischen Manöver im Reichstag dienen der Verzerrung der Arbeiterklasse, der Unterdrückung der von den Reformisten verkündeten betrügerischen Mission, als ob der Bür-

gerblock in Wahlkämpfen entscheidend geschlagen werden könnte. Die Reformisten werden wiederum versuchen, die Abrechnung auf den Wahltag hinauszukschieben. Wir erklären: durch Wahlen wird der Bürgerblock nicht gestürzt werden, keine parlamentarische Verschlebung wird die Bourgeoisie veranlassen, ihre Offensiv gegen die Arbeiterklasse zu unterbrechen. Jede Vertagung auf die Wahlen ist der erste Schritt zum Verrat des bevorstehenden Kampfes.

Die Gewerkschaftsbureaucratie predigt der Arbeiterklasse Tariftreue. Sie wirft die Kommunisten aus den Gewerkschaften, so wird von den Kapitalisten mitgeteilt. Von dieser Maßnahme werden 750 000 Arbeiter getroffen. Rechnet man die 50 000 jetzt schon im Kampf stehenden mitteldeutschen Arbeiter hinzu, so werden 800 000 Arbeiter im Kampf stehen.

Die Unternehmer erklären, daß sie gegen die „immer schneller aufeinanderfolgenden Lohnhöhungen“ ankämpfen müßten. In Mitteldeutschland sei das Angebot gemacht worden, den Stundenlohn um 3 Pfennig zu erhöhen. Damit sei die gleiche Lohnhöhe erreicht worden wie in der Hüttenindustrie, 78 Pfennig Stundenlohn. Die Forderung von 15 Pfennig lehnen die Industriellen ab. Es geht jetzt die Mehrzahl der Lohnsätze zu Ende; durch die dort auftretenden Lohnforderungen werde der Zustand unhaltbar.

Das ist klar und deutlich. Die Unternehmer greifen an, um jede weitere Lohnhöhung für die deutschen Arbeiter zu verhindern. Dieser Angriff der Unternehmer zeigt, wie recht die Kommunisten in ihrem gestern veröffentlichten Aufruf hatten, der den Arbeitern den Weg des Kampfes gegen die Unternehmerrecht zeigte. Jetzt zeigt sich aber auch, wie recht die Kommunisten mit ihrer Forderung hatten, den Angriff der Hüttenindustriellen mit einem breiten Gegenangriff zu beantworten. Die Gewerkschaftsbureaucratie hat den Streik gegen die Hüttenindustriellen verhindert. Die Abwägung des Kampfes im Rheinland hat den Industriellen den Mut zu neuen An-

griffen gegeben. Jetzt berufen sie sich auf den Hüttenarbeiterabstufung, um damit alle weitergehenden Forderungen zu verhindern und abzulehnen.

Die Arbeiter müssen jetzt erkennen, daß sie den Angriff annehmen müssen, aber nicht nur das, sie müssen mit einem Gegenangriff antworten. Bis mit Beginn April laufen die Tarife für circa 5 Millionen Arbeiter ab. Schon jetzt aber gilt es, die Vorbereitungen zu einem gigantischen Kampf dieser Millionen gegen das Unternehmertum zu treffen. Die Gewerkschaftsbureaucratie wollen auch jetzt keinen Kampf. Sie rechnen damit, bis zum 22. Februar den Streik in Mitteldeutschland abzuwürgen.

Der Vorwärts spöttelt über den Aussperrungsbeschluss. Natürlich nur deswegen, weil die Reformisten den Kampf nicht aufnehmen wollen. Innerhalb der Arbeiterklasse erzeugt man die Stimmung, die Unternehmer wollen nur bluffen. Darum handelt es sich aber nicht. Es geht um viel mehr. Ständen die Hüttenarbeiter, die mitteldeutschen Metallarbeiter nicht mit diesem bewundernswerten Mut, die Bureaucratie hätten schon lange ihren Frieden mit den Industriellen geschlossen. Jetzt geht es für die Industriellen darum, die Arbeiter niederzuringen. Man rechnet: entweder gehen die Arbeiter auf die Aussperrungsandrohung in die Betriebe, oder die Unternehmer müssen zum härtesten Mittel greifen, die Arbeiter in die Knie zu zwingen. Es ist kein Bluff, auch keine Zeit zum Spotten.

Für die Arbeiter gilt es, den Kampf aufzunehmen; es geht um die Lage für die weitere Zukunft. Nachgeben bedeutet Niederlage für lange Zeit, bedeutet aber auch verschärften politischen Vorstoß der Bürgerblockparteien. Deswegen: kein Nachgeben!

Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie!

gerblock in Wahlkämpfen entscheidend geschlagen werden könnte. Die Reformisten werden wiederum versuchen, die Abrechnung auf den Wahltag hinauszukschieben. Wir erklären: durch Wahlen wird der Bürgerblock nicht gestürzt werden, keine parlamentarische Verschlebung wird die Bourgeoisie veranlassen, ihre Offensiv gegen die Arbeiterklasse zu unterbrechen. Jede Vertagung auf die Wahlen ist der erste Schritt zum Verrat des bevorstehenden Kampfes.

Die Gewerkschaftsbureaucratie predigt der Arbeiterklasse Tariftreue. Sie wirft die Kommunisten aus den Gewerkschaften,

Was tut der ADBG?

Der Verband der Metallindustriellen hat die Verschärfung der Aussperrungsandrohung angekündigt. Durch Niederzwingung der Metallarbeiter wollen die Industriellen von vornherein die Arbeiterfront schwächen und Streiks in den anderen Industrien unterbinden.

Wie der Reichsverband der Industrie und der Verband der Metallindustriellen die mitteldeutschen Metallindustriellen unterstützen und die Einsetzung aller Kräfte gegen die Arbeiter vorbereiten, so wäre es Aufgabe des ADBG, die gesamte Arbeiterklasse zu mobilisieren. Der ADBG müßte die Sammelaktion zur Unterstützung der Kämpfenden im ganzen Reich organisieren.

Der ADBG müßte zur Schaffung der Kampfschulung der Metallarbeiter, Eisenbahner, Fabrikarbeiter und Bergarbeiter aufrufen und die notwendigen organisatorischen Maßnahmen vorbereiten.

Der ADBG müßte zur Mobilisierung der Arbeiterklasse die Betriebsräte zusammenberufen und die Ortsausschüsse auffordern, gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen Massenemonstrationen durchzuführen, damit die breitesten Arbeitermassen zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive aufgerufen werden.

Was hat der ADBG bis jetzt getan?

Schließt der Bundesvorstand? Nein! Er ist beschäftigt mit der arbeitgemeinschaftlichen Arbeit im Reichswirtschaftsrat. Die Mitglieder des Bundesvorstandes mühen sich ab im „Reichsinstitut für Wirtschaftlichkeit“ (Organ zur Förderung der Rationalisierung), sie beraten mit den Unternehmern die Durchführung der Rationalisierung, d. h. die Methoden verschärfter Ausbeutung der Arbeiter. Vor lauter „Mitwirkung bei der Regelung der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft“ hat der Bundesvorstand keine Zeit für die mitteldeutschen Arbeiter. Deshalb ist es nötig, daß die Ortsausschüsse des ADBG aus eigener Initiative die Sammelaktion organisieren, die Betriebsräte zusammenberufen und Massenemonstrationen gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen durchführen.

wenn sie zu zwischentariflichen Bewegungen auffordern. Die Großbourgeoisie setzt sich mit ihrer Aussperrungsandrohung für den 22. Februar mit einem Federstoß über alle bestehenden Tarifverträge hinweg. Und kein Gehäsel der reformistischen Bureaucratie wird die Bürgerblockregierung veranlassen, gegen die Trustkapitalisten einzuschreiten. Der Bürgerblockstaat wird seine Schlichtungsmaschine in Bewegung setzen, und wenn die Arbeiterklasse den Kampf nicht auf der ganzen Front aufnimmt, erschließen, wie die mitteldeutschen Metallarbeiter unbesonnen an ihren Forderungen festzuhalten, dann wird das Bündnis zwischen Bürgerblock und Trustkapital ebenso liegen, wie in der Hüttenarbeiterbewegung. Diese Lehren müssen gezogen werden. Es gibt nur eine Lösung für die klassenbewusste Arbeiterklasse: Gegen die Unternehmerprovokation Aufmarsch der proletarischen Einheitsfront zum Kampfe für den Achtstundentag und Lohn-erhöhung, gegen die Offensive des Kapitals den Gegenangriff aller deutschen Arbeiter.

Jetzt ist die Stunde gekommen, wo alles weitgemacht werden kann, was im vergangenen Jahre durch die Niederlagenstrategie der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie verloren gegangen ist. Der Verband der Metallunternehmer erklärt laut und deutlich, daß die Austragung des Kampfes in Mitteldeutschland von prinzipieller Bedeutung für seine ganze Lohnpolitik werden wird. Oder mit anderen Worten: Wenn es gelingt, Mitteldeutschland zu Boden zu werfen, dann können alle Arbeiterkategorien ihre Hoffnung auf Lohnhöhung nach dem Ablauf der Tarifverträge am 1. April fahren lassen. Mit wohlbedachter Strategie will die Großbourgeoisie zuerst den Metallarbeitern eine Niederlage zufügen, um dann alle anderen Arbeiterkategorien kampfunfähig zu machen. Die reformistische Politik des Ausweichens vor den Kämpfen, der Verhinderung des Zusammenschlusses der entscheidenden Arbeiterkategorien, der Unterwerfung vor den Zwangsschiedsprüchen, der Hege gegen die Kommunisten, dient eben jener Zersplitterungsstrategie, von der die Großbourgeoisie ihren Sieg erhofft.

Die Arbeiterklasse will kämpfen. In allen deutschen Betrieben geht die Frage von Mund zu Mund: Was wird nach dem 1. April? Die Aussperrungsandrohung der Metallindustrie hat bereits die Antwort auf diese Frage gegeben. Wenn nicht am 22. Februar alle Arbeiterkategorien aufmarschieren, die sich bereits jetzt zum Kampfe für den Achtstundentag und für Lohn-erhöhung vorbereiten, dann wird der 1. April ein schwarzer Tag für das deutsche Proletariat und ein Siegestag der imperialistischen Kapitalherrschaft sein. Wenn die Hüttenarbeiter des Ruhrgebietes nicht jetzt die Gelegenheit wahrnehmen werden, um ihren durch die reformistische Bureaucratie abgeschobenen und verzerrten Kampf unter den Lohungen: Nach 8 Stunden heraus aus dem Betrieb — Durchführung des Dreischichtens-

Treibt den Bürgerblut auseinander!

Die SPD-Notungaktion für das Trükkapital

Der Konflikt im Lager der Regierungskoalition des Bürgerbluts hat sich außerordentlich zugespitzt. Nach der Forderung der offiziellen Berliner Zentrumszeitung, der Germania, auf den Rücktritt der „verfassungsträglichen“ Minister der Volkspartei, die gleichzeitig die Richtlinien der Koalition durchbrechen hätten, antwortete gestern der volksparteiliche Reichsausschuss mit einer strikten Ablehnung der Forderung und mit einer einschleichenen Erklärung für die Ablehnung der Zentrumsvorschläge in der Frage des Schulgesetzes. Gestern Abend fand die interfraktionelle Ausschusssitzung statt, die die Aufgabe hatte, zur Schulgesetzfrage ein Kompromiß zu finden. Gestrige Abend-Germania erklärt, diese Verhandlungen könnten sofort erledigt sein, wenn der Führer der Volkspartei, Scholz, dort seine vorgestrigte Stellungnahme einfach wiederholte.

Dennoch muß der besonders wieder in der „linksrepublikanischen“ Presse aufgemachte Krisenalarm vorsichtig aufgenommen werden. Die Tägliche Rundschau, das Organ der Volkspartei, weiß beispielsweise zu berichten, daß das Zentrum im interfraktionellen Ausschuss die Forderung auf den Austritt der Volkspartei aus der Koalition nicht mehr erheben werde. Sie unterstreicht ferner, daß das Zentrum keineswegs auf dem Standpunkt: entweder eine neue Koalition oder Neuwahlen stünde. Ebenso berichtet der Lokal-Anzeiger, daß nach allerhand Verständigungsmöglichkeiten beständen, er zitiert die Stellungnahme des Zentrumspräsidenten Schöfer, der sich für eine Verständigung ausspricht, und läßt durchblicken, daß vielleicht das Schulgesetz ohne zweite Lesung im Ausschuss direkt ins Plenum kommen würde, wo gewisse Aussichten auf Annahme beständen. Der Lokal-Anzeiger unterstreicht ferner, daß Hindenburg auf seinem Standpunkt beharre.

Die Lage ist dadurch außerordentlich kompliziert, daß mittlerweile der Ausperrungsbeschluss der Metallindustriellen erfolgt ist. Dieser Beschluss bedeutet zweifellos eine Unterbrechung der Hindenburg-Claque. Er legt das Ministerium Brauns unter Druck. Durch dieses Eingreifen einschneidender Teile der Schwerindustrie wird die Haltung des Hindenburg-Angels verhärtet.

Für die Arbeiter kann das nur ein Anlaß mehr sein, um so leidenschaftlicher die Kampffront gegen die ganze Bürgerblut zu bilden, die zur Ausbreitung ihrer fraktionellen Differenzen auf dem Rücken Millionen von Verfallenen ihren ganzen Apparat in Bewegung setzt, nur ein Grund mehr des anersinnigen Kampfes um die Befreiung dieses Reichstages des Trükkapitals, ganz gleichgültig, in welcher Art es den Parteienführern der reaktionären Parteien gefällt, ihre Krisenlösung zu finden, ein Grund mehr zur energiegelassenen Ausbildung der proletarischen Einheitsfront gegen die Unternehmerröschense und die mit ihr verbundene politische Offensive unter der Führung des reaktionären Flügels des Trükkapitals.

Unbeschreiblich ist in dieser Situation die Haltung der Sozialdemokratischen Partei. Der Vorwärts, der seit Monaten die Arbeiter mit Krisengerüchten über die unmittelbare bevorstehende Auflösung des Reichstages, aber abgrundtiefe Differenzen in der Bürgerblutkoalition bombardiert, findet im gegenwärtigen Augenblick keine wichtigere Aufgabe, als laut und einseitig zu beteuern, die Sozialdemokratie habe die Bürgerbluttrübe nicht gewollt! Gerade jetzt, wo es alle Anstrengungen der Bürgerblutbürger unter Führung von Loebel und Hindenburg bedürfen wird, um die aus Wahlgründen auseinanderstrebende Koalition im Interesse des rechten Flügels des Bürgerblutes zu leimen, jammert der Vorwärts:

„Wird also der Bürgerblut auseinanderlaufen, ohne seine Arbeiten auch noch äußerlich zu einem einigermaßen ordnungsgemäßen Abschluss gebracht zu haben?“

Die Opposition war im staatlichen Interesse bereit, ihm dazu Zeit zu lassen. Müßt er jetzt auseinander, so zeigt er damit seinen Wählern zur rechten Zeit, was er wert war. Die Opposition war bereit, mit den Neuwahlen zu warten, bis der sterbende Bürgerblut notdürftig besteuert hätte. Jetzt er ist aber jetzt selbst dazu unfähig, dann darf seinen Augenblicke nur noch sein, wann aufgelöst wird, erst nach Berücksichtigung des Staats Ernbes, oder jetzt gleich.“

Diese den Gipfelpunkt der Selbstkastrierung erreichende Stellungnahme mit der Betuierung: wir haben es nicht gewollt kann wieder nur bedeuten, daß die Sozialdemokratie auch jetzt noch nicht ernstlich auch nur die Auflösung des Reichstages betreiben will. Sie fürchtet, daß ein aktives Auftreten einer Gewerkschafts- oder Beamtenregierung zur Folge haben könnte und hofft von ihrer diplomatischen Zurückhaltung, daß die Gegenstände im Bürgerblut durch sie leichter zur Auflösung treiben würden. Das nennt die Sozialdemokratische Partei Klassenpolitik gegen die Trükkapitalistenbande, die mit den wertstättigen Millionen in Deutschland ihr Spiel treibt.

Gleichgültig wie die Krise gelöst wird und insbesondere, was daraus möglich erscheint, wenn der Hindenburg-Blas die Oberhand gewinnt, und die vorzeitige Reichstagsauflösung nach einmal verhindert, so kann das nur bedeuten, daß die Arbeiter, die jetzt erkannt haben, wie morlich im Grunde die Bürgerblut herrschaft ist, ihre Kräfte dafür einsetzt, um den Bürgerblut und seine Sozialdemokratie zu Paaren zu treiben.

Braun begnadigt die Feme-mörder

Der Vorwärts kündigt vollständige Freilassung an

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, die wegen der Ermordung des Kaufmannes Wilms anerkannten Todesstrafen für die Beurteilung Fuchmann, Klapproth und Oberleutnant Schütz in lebenslänglicher Zuchthausstrafe zu verurteilen. Die Strafe Hofers wurde in 15jährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Nach dieser erfolgten Begnadigung der fahrlässigen Feme-mörder wird ihre völlige Freilassung vorbereitet. So schreibt die Reichliche Zeitung: „Die Strafen, zu denen die Feme-mörder jetzt begnadigt sind, bleiben hart und schwer, das Rechtsgefühl verlangt jedoch die Bestrafung. Der späteren Gnade, genau nach dem Grundsatz der bewährten Begnadigungspraxis der Regierung in Preußen, bleibt der Weg offen.“ Der Vorwärts legt sich gleichfalls warm für die Feme-mörder ein, indem er äußert: „Nach der schon seit längerer Zeit geübten preussischen Gnadenpraxis ist damit zu rechnen, daß nach Verbüßung eines Teiles der Zuchthausstrafe geprüft wird, ob eine weitere Ermäßigung der Strafe möglich ist.“

Vorbereitung zum Kampf

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die SPD-Bezirksleitung Berlin ruft die gesamte Berliner Arbeiterschaft angesichts der drohenden Generalausperrung der Metallarbeiter zu großzügiger Sammelaktion auf die Wägen der Internationalen Arbeiterhilfe für die mitteldeutschen Streikenden auf. Einige Betriebe, darunter die Belegschaft der Firma Klobb u. Co., nahmen bereits zur Solidaritätsaktion Stellung, und forderten von der Beiratsführung des DGB energische Kampfmassnahmen und Aufstellung der Forderungen für einen Metallarbeiterstreik: Achtundzwanzig und 25 Prozent Lohnerhöhung, Durchführung einer großartigen Massenmobilisation, Abhaltung von öffentlichen Versammlungen und großzügige Werbekampagne für den Eintritt in den DGB. Desgleichen wird der sofortige Zusammentritt des Bundesauschusses des DGB verlangt, um die gesamte Arbeiterschaft gegen die Ausperrungspläne der Unternehmer zu mobilisieren. Die Belegschaft wandte sich auch sehr scharf gegen die Behauptung der DGB-Führer gegenüber der Unterstützung der SPD in den Parlamenten für die Streikenden.

Die Hilfsstätigkeit der ZNS

Halle, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die in Mitteldeutschland eingeleitete Sammelaktion der ZNS ergab bis jetzt 15 000 Mark. Am Sonntag sammelten proletarische Organisationen von Halle über 3000 Mark, auch in der fahrlässigen Hochburg Kaumburg wurden 320 Mark gesammelt. Die ZNS verteilte bisher in Halle 2300 Lebensmittelpakete. Auch in Weichenfels und Merseburg wurden Lebensmittelverteilungen durchgeführt.

Eine Reihe von Geschäftsleuten, Metzereien, Fleischer und Bäcker gibt wöchentlich bestimmte Rationen an Milch, Fleisch und Brot an die ZNS zur Verteilung an die Streikenden.

Durch die Kinderhilfe der ZNS wurden bis Mittwoch 120 Kinder Streikender im Bezirk Halle und Leipzig untergebracht. 230 Pflegeeltern helfen noch zur Verfügung. Täglich erhält die ZNS Protekte gegen die Heise der Reformisten. Die Ortsgruppe Halle der ZNS verzeichnet in den letzten Wochen 100 Neuannahmen von Einzelmitgliedern, 5 Belegschaften von Metallbetrieben beschloßen, korporativ beizutreten.

Auch in der 5. Streikwoche ist die Kampfsituation glänzend. Die Solidaritätsaktion gewinnt täglich neue Freunde. Durch die praktische Solidarität der ZNS und das aufklärerische Werk der ZNS sind bis jetzt 500 Neuannahmen in den DGB erfolgt.

30000 tschechische Bergarbeiter streifen

Am 13. Februar früh begann der Streik in den Kevieren Brüx, Zug, Teplitz und Komolan. Es streifen rund 30 000 Bergarbeiter, die Zahl der durch den Streik betroffenen Familienmitglieder kann auf mindestens 100 000 geschätzt werden. Die Streikleitung rechnet in diesen Kevieren mit 6-7000 Unorganisierten, deren Verhalten bei längerer Streikdauer von großer Bedeutung sein kann. Alle einlaufenden Meldungen belegen, daß der Kampf in den obengenannten Kevieren auf der ganzen Linie einmütig aufgenommen worden ist und sämtliche Gruben vollkommen still liegen.

Der Inzeratenschwindler verhaftet

Wir berichteten gestern über einen Inzeratenschwindler, der die Inzeraten der Arbeiterstimme schädigte. Heute erhalten wir Mitteilung, daß der Kriminalkommissar Dittmann, Oberstaatsanwalt in Breslau, nach den bisherigen Feststellungen hat der Gauner 45 Geschäftsteile geschädigt.

Wetterdienst für den 14. und 15. Februar. Im allgemeinen Fortbestand des wechselhaften Witterungscharakters der letzten Zeit. Temperatur zunächst noch ansteigend, im Flachland bis auf mehrere Wärmegrade, nur in den höchsten Lagen des Erzgebirges (über 800 Meter) Anhalten der winterlichen Witterung. Windliche Richtungen, etwas an Stärke zunehmend. Beschleunigt bewölkt, Nachlassen der Niederschläge. Im späteren Verlauf Temperaturen wieder etwas zurückgehend.

systems, Verweigerung der Sonntagsarbeit aufzunehmen, dann haben sie den Kampf für lange Zeit verloren. Wenn nicht alle deutschen Arbeiter erkennen werden, daß im mitteldeutschen Kampf sich die Klassenfronten ausgerichtet haben, auf der einen Seite die Interessen des ganzen deutschen Proletariats, auf der anderen Seite die Profitinteressen des imperialistischen Trükkapitals, dann geht die deutsche Arbeiterschaft einer Niederlage von außerordentlicher Tragweite entgegen. Das ist die bittere Wahrheit, die die Kommunisten unbeirrt von der Heise der Reformisten der Arbeiterschaft sagen müssen.

Die Politik der Ausperrungen wird zu einem eisernen Bestandteil der Machtausübung des Trükkapitals in der Hindenburg-Republik. Warum — und diese Frage sollte sich die ganze deutsche Arbeiterschaft vorlegen — gab es in den 10 Jahren des Bestehens der Sowjetunion keine Ausperrung irgendeiner Arbeiterkategorie? Warum vermögen die Kapitalisten gerade unter der Herrschaft der freien Demokratie, des Parlamentarismus und des gleichen Wahlrechts für Ausbeuter und Ausgebeutete die Arbeiter auf die Straße zu werfen, wenn es ihnen beliebt? Und die Antwort auf diese Frage muß sich jeder deutsche Arbeiter einprägen, der den bevorstehenden Kampf um seinen Lebenslohn führen will: weil in der Sowjetunion die Tätigkeit des Proletariats herrscht, die gesamte Industrie in den Händen des proletarischen Staates ist, deshalb gibt es keine Ausperrung der Arbeiter. Und weil in Deutschland die Diktatur des Trükkapitals herrscht, für die die bürgerliche Demokratie mit ihrem gleichen Wahlrecht nur ein Mittel zur geistlichen Verherrlichung und Verklärung der Massen ist, deshalb folgt in Deutschland Ausperrung auf Ausperrung. In diesem Kampf müssen die deutschen Arbeiter mit den Roten Fahnen des Sozialismus, den Forderungen der Enteignung der Kapitalisten durch die Erhöhung der gesamten wirtschaftlichen und politischen Macht streben!

In den Kampf um Lohn und Brot unter den Forderungen des Sozialismus! Gegen die Diktatur der Träse, den Kampf um die Diktatur des Proletariats!

Die Reformisten für die Abtöpfung des Streiks

Unfähig des provokatorischen Ausperrungsbeschlusses der Metallindustrie hat heute der Vorstand des DGB den Verhandlungsleiter nach Stuttgart zu einer Sitzung einberufen. Die US-Korrespondenz bemerkt dazu:

Zunächst dürfte jedoch, wie wir erläutern beim Reichsarbeitsminister verhandelt werden, den Konflikt rechtzeitig aus der Welt zu schaffen. Bekanntlich sind die Verhandlungen für die mitteldeutsche Metallindustrie letzten Sonnabend in Magdeburg auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da ein Antrag auf Einleitung des neuen Schiedsverfahrens weder von Arbeitgeber, noch von Arbeitnehmerseite beim Reichsarbeitsminister eingegangen ist. Das Reichsarbeitsministerium kann jedoch von sich aus jetzt ein neues Schlichtungsverfahren einleiten und einen neuen Schlichter bestellen. Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer würden, wie wir hören, zu den neuen Verhandlungen Vertreter entsenden, womit natürlich nicht gesagt ist, daß ein neuer Schlichterspruch auch von beiden Parteien angenommen würde.“

Diese Meldung, die sich die US-Korrespondenz zweifellos nicht aus den Fingern gelogen hat, zeigt deutlich, wohin der DGB-Vorstand die Arbeiterschaft führen will. In diesem Sinne der Ruhehandeleien, die jede Vorbereitung zu ermitteln, entschlossenen Abwehrmaßnahmen des DGB und darüber hinaus des DGB vernichten lassen, äußert sich auch der heutige Morgen-Vorwärts, der nach wie vor durch Spötereien gegenüber dem Ausperrungsbeschluss die Arbeiterschaft über den Ernst der Lage zu täuschen versucht.

Der politische Leichnam Trozkis

Das Aushängebild der gelben Internationale

J. B. Bei der 2. Internationale besteht eine Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. Crispin und de Braudere, die an der Spitze dieser Kommission stehen, haben sich mit einem neuen Brief an den Vorsitzenden des Zentralvollzugsausschusses der Sowjetunion, Genossen Kollin, gewandt, den der Vorwärts mit der fettergeklebten Überschrift: „Wie unter dem Vorzeichen“ versehen brachte. Der Vorwärts macht eine Mitteilung über ein neues Auftreten der gelben Internationale „zu den politischen Verfolgungen in Sowjetrußland“. Dabei handelt es sich diesmal nicht um die Erschießung von Monarchisten und Weisgardisten, nicht um Verhaftungen unter Menschewitz und Sozialrevolutionäre. Das sozialdemokratische Gelbes in solchen Fällen ist schon längst zu einer gewohnten und sogar selbstverständlichen Sache geworden. Nein, jetzt vergehen diese gelben „Sozialisten“ Kroloditströme über einen anderen Anlaß. Sie halten es, wie sich erweist, für ihre „demokratische Pflicht“, zum Schutze Trozkis, zum Schutze der verächtlichen Oppositionellen aufzutreten.

Den politischen Leichnam der Opposition in der APSU haben die Vertreter der Zweiten Internationale als Aushängebild und Lösung in der neuen Kampagne gegen die Sowjetunion auszunutzen beschloßen. Bei der Heise, die dem Wejen nach nichts anderes ist als die ideologische Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen den ersten proletarischen Staat.

Die Verfolgung Ihrer Parteioption und insbesondere der Fall Trozkis, schreiben Crispin und de Braudere, wird zum Schulbeispiel für Ihr System, das keinerlei Meinungs-freiheit duldet, das alles unterordnet dem Diktat Ihrer absolutistischen Regierung.“

Crispin und de Braudere fordern Aktionsfreiheit für Trozkis. In wessen Interesse fordern sie dies? Was bedeutet die Tatsache, daß in dieser Frage die Einheitsfront Maslow-Korisch-Crispin gegen die Kommintern, gegen das revolutionäre Proletariat der Sowjetunion zu einer ganz offenbar vollenbenden Tatsache geworden ist? Was bezugt das Geheul, das die ganze bürgerliche Presse zusammen mit allen ihren sozialdemokratischen und „ultra-linken“ Kackhähnern aus Anlaß der letzten Verurteilungen angestimmt hat? Kein einziger bewußter Arbeiter wird glauben, daß all dies um der schönen Augen Trozkis willen geschieht. Jeder bewußte Arbeiter wird begreifen, daß die Tatsache, daß die Verurteilung Trozkis die Zusammenwerfung eines bürgerlich-sozialdemokratischen Blats herbeigeführt hat, bedeutet, daß gerade dieser Blat, gerade die Bourgeoisie, gerade die Opportunisten und Verächter durch diese Verurteilung vor allem und am meisten getroffen sind.

Crispin und de Braudere erklären, es könnten die gegen Trozkis getroffenen Maßnahmen nicht damit begründet werden, daß er ein Konterrevolutionär sei. Aber nicht Crispin und nicht de Braudere, nicht die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, nicht die Vertreter an der deutschen Revolution von 1918, die sie bereits zehn Jahre lang weiter verraten, nicht die Freunde von Karl Renner, der offen auf die Seite der Denker der Wiener Arbeiter getreten ist, nicht die Kumpane von MacDonald, der im Jahre 1926 die Bergarbeiter von Großbritannien den Kohlenbaronen ausgeliefert hat und dessen Bild von den indischen Nationalisten zusammen mit den Bildern Baldwin und Birkenheads als Sinnbild kolonialer Ausplünderung und Unterjochung verbrannt wird, sind dazu berechtigt, darüber zu urteilen, wer ein Konterrevolutionär ist und wer nicht. Darüber können nur jene urteilen, die gegen die Konterrevolution kämpfen, nur jene, die sie überwinden, nur jene, gegen die sie auftritt, nur jene, die von ihr droht werden. Darüber können nur urteilen das revolutionäre Proletariat und seine kommunistische Vorhut, gegen die jetzt alle Kräfte der Weltrevolu von den britischen Konterpartnern bis zur deutschen Sozialdemokratie und bis zur amerikanischen „Ultra-linken“, von Chamberlain bis Crispin und de Braudere, sich zusammengeschlossen haben.

rien und Urböhs, von den britischen Geiswadern, von den Bataillonen des Marshalls Piljuditi, von den Helfern Tschankalshets bis zu den Verleumdungen des Vorwärts und der „Kahne des Kommunismus“ und bis zu den illegalen Flugblättern der rechtlichen Opposition, die in Geheimdruckereten durch weisgardistische Hände geleitet werden.

Ist Trozkis ein Konterrevolutionär oder nicht? Die kommunistische Internationale in ihrer Gesamtheit, die kommunistische Partei der Sowjetunion im besonderen, denen die größte geschichtliche Verantwortung für die Geschichte der Weltrevolution, für das Schicksal des Sozialismus in der ganzen Welt auferlegt ist, würden einen unversöhnlichen Fehler begehen, ja mehr noch, ein unmittelbares Verbrechen an der Arbeiterklasse, wenn sie sich bei der Lösung dieser Frage durch irgendwelche lentimentalen Erwägungen und Erinnerungen an die Vergangenheit statt durch die Beurteilung des objektiven Sinnes der jetzigen Tätigkeit Trozkis als Führers der Opposition leiten ließen. Die Interessen der Revolution, die Interessen der Arbeiterklasse, die Interessen von hunderten Millionen Unterdrückter und Ausgebeuteter — sie sind das einzige Kriterium für den Revolutionär, wenn er ein wirklicher Revolutionär und nicht ein Verräter ist, der seinen Verrat durch „demokratisches“ Geheul verbergt.

Die Verdienste Trozkis in der Vergangenheit sind uns besser bekannt als allen Crispin und de Braudere. Wenn aber jemand mit allen möglichen und unmöglichen Methoden bemüht ist, das Bewußtsein der Arbeiterklasse durch Behauptungen zu verneinen, daß die Sowjetunion kein proletarisches Staat, daß die Arbeiter- und Bauernregierung eine Regierung von Thermidorianern sei, wenn er in der wichtigsten entscheidenden Frage, der Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus, in die Stellung einer bedingten Verteidigung hineingeleitet, wenn er sich bemüht, auf dieser ideologischen Plattform die Grundlage der Diktatur des Proletariats selbst zu unterminieren, indem er bestrebt ist, eine zweite Partei mit ihrem eigenen illegalen Apparat, mit ihrer eigenen illegalen Presse zu schaffen, die außerdem noch von offensichtlich sowjetfeindlichen Elementen bedingt wird, wenn er infolge dessen zur Fahne und Hoffnung aller antiproletarischen und konterrevolutionären Elemente im Lande wird, dann wird die Partei des revolutionären Proletariats, eingedenk der Verantwortung, die sie vor Millionen trägt, nicht darauf halsmachen, auch mit solchen Leuten, wie Trozkis, Kadek, Rafowski, wie mit Konterrevolutionären zu verfahren.

Und daß über Trozkis das Berliner Tageblatt die tiefgefähten und hellenwele triumphierenden Artikel schreibt, daß seine Flühe in Deutschland Kath Fischer heißt, daß zu seinem Schutze im Namen der gelben Zweiten Internationale Crispin und de Braudere auftraten, all dies zeigt um so deutlicher die Tiefe jenes Abgrundes, auf in den der politische Leichnam des Trokismus hinabgeglitten ist.

Generalausperrung!

Alle kommunistischen Metallarbeiter Sonnabend den 18. Februar 1928, 19 Uhr, im Brandenburger Hof, Berliner Straße

Fractionsvollversammlung!

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedebuch mitbringen.

Sämtliche Zellenobleute und Betriebsräte der Metallindustrie haben morgen, Mittwoch, um 18 Uhr im Sekretariat, Columbusstraße 9, zu einer wichtigen Besprechung unbedingt zu erscheinen.

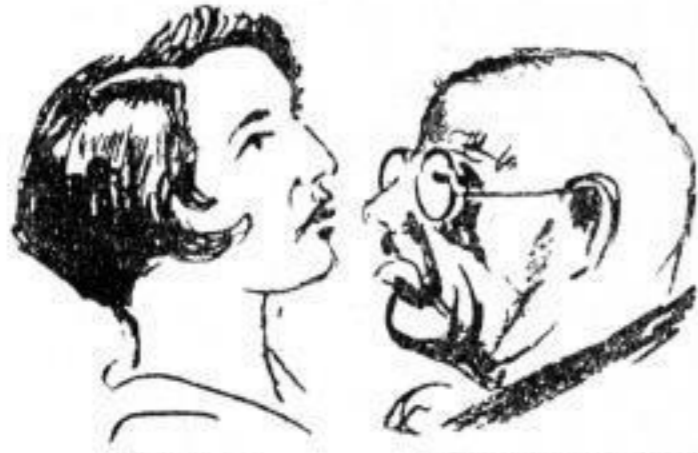
Mordprozeß Kranz

Einige Tage als Zeugin - „Mit frecher Stirn“ - Revolver für Jungbrotler selbstverständlich

Das wunderliche Schauspiel dieser Barbarei, verübt von einer verrückten Gesellschaft an ihren eigenen Kindern, erreicht vorläufig seinen Höhepunkt. Vor dem Schwurgericht erscheint der Kriminalkommissar Liebig, der nach der Steglitzer Mordnacht die Untersuchung am Tatort übernahm, die beiden Kinder Hilde Scheller und Paul Kranz zum Polizeipräsidium transportierte und dort „Vernehmungen anstellte“.

Wir wissen nicht, was für ein Mann dieser Kriminalkommissar ist. Wir können nicht sein Vorleben, seine Einstellung, seine Gemütsart. Wir vermuten nur - sein forschendes Auftreten vor Gericht drängt diesen Schluß auf - daß er beim Kommissar war und es dort zum Unteroffizier, Feldwebel oder ähnlichem gebracht hat. Und wir wollen vor allem, ein wie namenloses Verbrechen die bürgerliche Gesellschaft beging, die einen harmlosen Jungen, wie Paul Kranz, oder irgendeins der anderen fertiggemachten Kinder, in die Gewalt dieses Unteroffiziers lieferte.

Dieser Zeuge beschreibt sein Verhör mit dem armen Opfer des Mordprozesses, an dem sich die Bourgeoisie samt ihren Breitschneidern eine Woche lang labt. Er spricht überaus mit dem guten Willen, wirklich zu schildern, wie sich jenes Verhör abspielte. Aber aus seinem Munde kommen nur die abgegriffenen Phrasen aus dem Repertoire des Polizeijargons: „... machte sich verdächtig“, „verwickelte sich in Widersprüche“ und so fort. Während dieser Kriminalkommissars seine Zeugenaussage gibt,



Hilde Scheller 1. Staatsanwalt Steinbeck

wird der ganze Hinzulose Prozess deutlich als je zuvor. So will die bürgerliche Gesellschaft die peinliche Exekution jenes Kindes vermissen, der über ihrer eigenen Jugend liegt? So wollen sie rächen oder verirrte, verwirrte und hilflose Kinder?

Dann aber kommt der „große Augenblick“. Vom Tisch der Staatsanwaltschaft steigt eine Kaskade - besser gesagt: ein Knallknall - und schließlich zeigt sich die ganze unüberwindliche Pöbelhaftigkeit dieser Anklage und dieses Prozesses. Pöbelhaft für uns, streifend für die Kinder, an denen der Prozess verübt wird.

Staatsanwalt Hoffmann, der Gehilfe des ersten Staatsanwalts, fällt dem Zeugen ins Wort. Der hat soeben das Verhalten des Kranz, kein erstes Vergehen geschildert. Nun hilft ihm der Staatsanwalt mit einem bildhaften Ausdruck für jenes Verhalten des jungen Angeklagten:

„Mit frecher Stirn... sozusagen, nicht wahr?“ Die große, leise Stimme des Staatsanwalts, schneidend, forschend und schließlich abgeflappert, bildhaften Ausdruck hornierender Kriminalistenföhne in die Verhandlung. Der Staatsanwalt erntet die förmliche Heiterkeit der Anwesenden. Nicht einmal der Vorsitzende denkt daran, diese Heiterkeit zu unterbinden.

Die Verhandlung geht weiter. Aber dieser eine Ausspruch enthält die ganze, bodenlos stupide, Gesinnung der bürgerlichen Justiz, der dieser Prozeß zu verdanken ist. Es gibt noch andere solcher gottlosen Augenblicke. Wenn der Vorsitzende dem zusammenbrechenden Jungen, den man seit sieben Monaten lang für die Schuld des untergehenden bürgerlichen Systems mit der Qual der Unternehmungspflicht beglückt, einen Vortrag hält, daß er in der Haft keine Zigaretten rauchen soll, oder wenn sich eine lange Debatte entspinnt, ob Paul Kranz nach der Mittagspause einen Kaffee trinken darf, um sich aufzuwärmen - wahrscheinlich verhöflich das gegen irgendeine Gesandnisvorschrift - so befällt den Zuhörer immer neuer Schauer vor der Barbarei dieser ganzen Angelegenheit.

Der Klassencharakter des Kranz-Prozesses, diese flammende Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft, die sich als zwangsläufiges Ergebnis der ganzen Verhandlung immer wieder dem Zuhörer aufdrängt, ist gerade deshalb so klar, weil es sich wirklich um eine sozusagen ganz unpolitische Angelegenheit handelt, weil dieser Angeklagte, dieses Kleinbürgerkindchen, das zur Bourgeoisie empfortragen wollte und irgendeine „Schuld“ hatte, wahrscheinlich nichts mit Klassenkampf und proletarischer Bewegung zu schaffen hat.

Was macht das schon? Auch hier, im Spiegel dieses Exekutionsprozesses, zu dem sich die Filmkaufpielerinnen und Kurfürstentanzmädchen, die Kuttchen und die Konfektionsjünglinge der Tauentzienstraße drängen - auch hier grabt das große Geschehen der Weltgeschichte keine unüberwindlichen Spuren: Die herrschende Klasse, deren System überfällig, verfallend, am Ende ist. Und ihre Jugend, die haltlos taumelt, taumelt und sich in Abgründen verliert. Abgründen der herrlichen Ueberraschung und seelischen Verlorenheit, aus denen kein Kriminalkommissar und kein Staatsanwalt diese Jugend befreien könnte.

Aber der Staatsanwalt und der Kriminalkommissar sind machbar und dienstfertig auf dem Posten. Sie bilden mit väterlichem Stolz auf ihr gemeinsames Werk: auf den hochnotpeinlichen Prozeß, mit dem sie die in der Steglitzer Mordnacht verurteilten Fälle der bürgerlichen Gesellschaft so gern wieder reparieren möchten. So wird denn die Verhandlung noch eine Woche weitergehen...

Der Bogertönig von Berlin

Der Verteidiger kommt auf die Aussage der Zeugin zurück, sie sei nur deshalb von Mahlow nach Steglitz gefahren, um mit einem gewissen Dr. Markuse ins Theater zu gehen.

Verteidiger: „Wer war dieser Dr. Markuse?“

Zeugin: „Ein Bekannter von mir. Ein Student.“

Verteidiger Dr. Frey: „Ich kann Ihnen sagen, wer Dr. Markuse ist. Er führt in meinen Kreisen den Spitznamen „Bogertönig von Berlin“ und ist augenblicklich hier im Saal als Zeuge im Prozeß.“

Hilde: „Das ist ja unmöglich!“

In der Nachmittagsitzung beschwert sich Hilde Scheller darüber, daß in manchen Zeitungen gekündet hätte, sie sei mit Hans „verheiratet“ gewesen.

Der Vorsitzende beruhigt sie; das Gericht sei nicht dieser Ansicht.

Dann wird der Landgerichtsrat Werner Sternbach vernommen, der an dem stattgefundenen Posttermin teilgenommen

hat. Er beruft sich auf sein ausführliches Protokoll. Durch die Scheiden der Schlafmattatur konnten alle Vorgänge im Zimmer beobachtet werden. Die dunklen Schatten, die Hilde gesehen haben will, können entweder Kranz oder ihr Bruder gewesen sein.

Dr. Freund

Ist der Arzt, der in die Scheller'sche Wohnung gerufen wurde, nachdem der Vorfall passiert war. Er schildert, daß er ganz härmlich angeladert wurde und in 5 bis 10 Minuten am Tatort gewesen sei. Hilde Scheller sei ihm mit den Worten entgegengekommen: „Kommen Sie schnell, mein Bruder stirbt!“ Im Zimmer fand er die beiden jungen Leute in der nachher photographierten Stellung vor. Günther Scheller gab noch Lebenszeichen von sich, worauf Dr. Freund nach dem Krankenwagen und der Polizei telephonierte. Unterdessen starb Günther. Von Hilde und Paul Kranz hatte der Zeuge den Eindruck, daß sie ihre Aussagen vorher gemeinsam festgelegt hätten. Kranz gab an, daß er in der Küche geschlafen hätte. Hilde sagte, sie habe auf der Chaiselongue im Speisezimmer gelegen. Die Hilde Scheller machte ihm einen sehr erregten und erschütterten Eindruck. Von Kranz hatte er die Empfindung, daß er künstlich Ruhe bewahre und über alles, was er sagte, vorher scharf nachgedacht hätte. Kranz habe ihm von einer im Wasser gefallenen Zigarette und dem Abiturium erzählt, und ihn dann um eine Zigarette gebeten. Der Zeuge hat das sehr bestrebt gefunden und den Kranz auf die drohende Verhaftung aufmerksam gemacht. Auf die Frage, wo die Waffe sei, habe sie Kranz herbei und steckte sie auf die Aufforderung des Arztes, sie wieder dorthin zu legen, wo sie gefunden wäre, dem Toten in die rechte Hand.

Der Verteidiger Frey hält dem Zeugen vor, daß das Verhalten nach einer Zigarette noch lange nicht auf „tatte Vernehmung“ des Kranz schließen lasse. Dann fragte er ihn, ob er den Kranz nicht für den Täter gehalten habe.

Dr. Freund: „Ja, weil mich Kranz belogen hat.“

Warum er nicht auch Hilde, die gleichfalls gelogen hat, für die Täterin hielt, kann der Zeuge nicht erklären. Er klammert sich an den „tatten“ Eindruck, den er von Kranz gehabt haben will.

Die eiserne Jungfrau

Einige Wochen darauf hat Dr. Freund die Hilde Scheller auf Veranlassung ihrer Eltern auf ihre Jungfräulichkeit untersucht. Dem Günther Scheller hat er einmal wegen Gehirnerkrankung behandelt und wußte auch, daß er linkschändig war.

Die Verteidigung nimmt die Frage des Sachverständigen Dr. Hitzel auf, ob Dr. Freund bei Hilde Jungfräulichkeit festgestellt habe oder nicht.

Dr. Freund weicht einer geraden Beantwortung aus. Er glaubt, die Jungfräulichkeit sei noch vorhanden gewesen.

Als die Verteidigung weiter vorfährt, verteidigt sich der aufgelegte Vorsitzende vor der Behauptung, die Jungfräulichkeit sei auf Grund einer Untersuchung überhaupt nicht einwandfrei festgestellt und hält die Frage im übrigen für vollkommen belanglos.

Die Verteidigung beantragt die Untersuchung der Zeugin durch den Gerichtsarzt und will an Hilde Scheller die Frage richten, ob sich in ihrem Sexualleben seit dem Vorfall etwas geändert habe. Von der Beantwortung dieser Frage und dem Ergebnis der Untersuchung hinge die Glaubwürdigkeit der Zeugin in erheblichem Maße ab.

Das Gericht läßt die Frage nicht zu, da durch ihre Beantwortung die Glaubwürdigkeit der Zeugin nicht berührt werde. Das veranlaßte den Verteidiger, den Antrag zu stellen, durch Sachverständige feststellen zu lassen, daß nur ein Spezialarzt die Jungfräulichkeit nachweisen kann.

Dr. Freund und der Vorsitzende regen sich furchtbar auf. Freund beruft sich auf seine langjährige Praxis, und der stark erregte Landgerichtsdirektor Duß bittet, das peinliche Thema zu verlassen, da er sonst die Dessenlichkeit ausschließen müsse.

Auf eine Zwischenfrage, ob Hilde das Gedicht, in dem sie Kranz mehr Wert in Liebesdingen anempfiehlt, selbst gemacht habe, antwortet sie mit Ja. Ueber den Inhalt sei sie sich nicht klar gewesen. Es hätte sich eben so geremt. Ihre 15jährige Kusine habe ihr dabei geholfen.

Ein gutes Zeugnis

Dr. Cladow war der Lehrer von Kranz und Scheller. Er kennt Paul seit vier Jahren und hält ihn für sehr begabt. Kranz habe sich besonders in Religion, Deutsch und fremden Sprachen ausgezeichnet. Kranz sei zwar manchmal etwas hummig gewesen, aber Cladow war der Meinung, ein so begabter Schüler sei nicht mit gewöhnlichem Maße zu messen.

Der Vorsitzende findet die Aussagen des Lehrers zu günstig. Ob denn der Herr Lehrer nicht im Frühjahr 1927 bemerkt habe, daß sich die Bummelerei Kranzens verstärkt hätte?

Aber Dr. Cladow läßt sich nicht beirren. Er lobt Kranzens heiteres und liebenswürdiges Wesen. Von inneren Schwierigkeiten hat er jedoch nichts bemerkt. Seinen Mitschülern zeigte Kranz Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft. Die Beziehungen Pauls zu Günther Scheller wurden dem Lehrer erst bekannt, als er die beiden einmal auf einem Schulausflug Arm in Arm stehen sah. Von Pauls Aufenthalt in Mahlow wußte Cladow nichts.

Günther Scheller dagegen sei ein sehr verschlossener Charakter, dabei ein ziemlich gutgebogener Durchschnittsschüler gewesen. In der Klasse zeigte er eine gewisse geistige Reife. Dem Zeugen fiel auf, daß Günther öfter geschminkt und abendert zur Schule kam, langes Haar besaß, das er oft kämmte, und sich gelegentlich im Spiegel musterte. Ueber seine sexuelle Veranlassung hat Dr. Cladow keine Feststellungen gemacht.

Häusliche Verhältnisse

Vorsitzender: „Was wissen Sie über das sittliche Empfinden dieser jungen Leute?“

Dr. Cladow: „Kranz war nach meinem Empfinden etwas leichtsinnig, weil er gern Zigaretten rauchte.“ (1)

Der Staatsanwalt hält ihm den Lebenslauf aus der Vorgespräch vor, in dem Kranz schreibt, er sei bei seinen Mitschülern deshalb beliebt gewesen, weil er gegen die Lehrer Opposition machte.

Cladow: „Ich hatte durchaus nicht das Gefühl, daß Kranz in irgendeiner Weise die Anordnungen der Schule ernsthaft ignorierte. Abgesehen davon, daß er öfter Zigaretten rauchte.“

Cladow wußte, daß die häuslichen Verhältnisse in denen Kranz lebte, sehr traurig waren. Der Vater war lange arbeitslos und konnte sich nicht um den Sohn kümmern. Die Wohnung war sehr eng, die Mutter hatte es am liebsten, wenn der Junge auf der Straße war.

Der Vorsitzende: „Was hatten diese häuslichen Verhältnisse mit Kranzens schlechter Schrift zu tun?“ Cladow: „Einem geistigen Menschen kommt es nicht auf den schönen Buchstaben an.“

Weiß belästigt die Kronzeugin

Polizeivizepräsident Dr. Weiß heißt mit Vornamen Bernhard und hat eine Vernehmung der Hilde Scheller beigegeben. Am Tage nach der Mordnacht sei ihm von der Kriminalpolizei Mitteilung über diesen Fall gemacht worden. Weiß hat sich genauer orientiert und gehört, daß Kranz' Aussagen über sein Liebesverhältnis in Mahlow gemacht hat. Der Zeuge ließ sich Hilde Scheller herinkommen und fragte sie nach den Vorgängen dieser Nacht.

Weiß: „Sie kam lächelnd und tänzelnd, sah kokettierend herein, als sei gar nichts gewesen. Dann erzählte sie mir, in Mahlow sei überhaupt nichts vorgefallen. Sie habe die ganze Nacht geschlafen. Auf meinen Vorhalt, ob sie nicht zu Kranz gegangen sei, sagte sie: „Ich verstehe gar nicht, was Sie wollen.“ Ich stellte ihr dann Kranz gegenüber, der den wahren Sachverhalt noch einmal erzählte. Hilde Scheller fuhr auf ihn los und sagte: „Was läßt du da zumessen, Paul!“ Hieraus zog ich den Schluß, daß Hilde ein ganz unglaubwürdiges Geschöpf ist. Ich halte sie für ein psychologisches Rätsel.“ (Einer der prominentesten Geschworenen schläft während der Aussagen des Dr. Weiß ein.)

Weiß: „Als ich vorher hörte, daß die Hilde Scheller am Tage vor der Verhandlung noch tanzen gehen sei und wegen ungebührlichen Verhaltens herausgelaufen, sagte ich mir: Hilde, wie sie lebt und lebt - wie sie ebenfalls vor mir schwebt.“

Hilde Scheller leugnet, sich leichtsinnig benommen zu haben. Danach, ob sie mit Paul zusammen gewesen sei, sei sie gar nicht gefragt worden.

Weiß erinnert die Zeugin daran, daß er ihr sofort wegen ihres Benehmens Vorwürfe gemacht habe, er habe den Eindruck gehabt, sie sei vollkommen gefühllos. Der Zeuge behauptet nach wie vor, daß Hilde gelugnet habe, daß Paul gewesen sei.

Nach mehreren Fragen der Verteidigung äußert Hilde mindestens dreimal ihre Aussage ab und gibt schließlich zu, gelogen zu haben.

„Vollkommen unglaubwürdig“

Die Polizeirätin Wiegand hat ebenfalls Hilde Scheller vernommen. Auf die Zeugin machte Hilde einen unbefangenen Eindruck. In der Unterhaltung sei sie leicht zu Scherzen geneigt gewesen. Das war am 30. Juni, zwei Tage nach dem Tode ihres Bruders und ihres Geliebten. Hilde Scheller habe geäußert, sie brauche junge Leute zum Küssen. Vater Scheller hat der Polizeirätin selbst erzählt, daß sich Hilde ihrer Mutter gegenüber sehr merkwürdig benommen habe, als diese von ihrer Reise nach Hause zurückkehrte. Erst als Hilde die Erregung der Mutter bemerkt habe, fiel ihr ein, „daß sie ein paar Tränen machen müsse“. Von dem Vater Scheller erzählt die Polizeirätin, daß sie ihn drei Tage nach dem Tode seines Sohnes beim Wägen von Silbertränen angetroffen habe. Die Glaubwürdigkeit Hildes müsse man sehr stark bezweifeln.

Hilde Scheller bemerkt zu ihrer Vernehmung durch die Polizeirätin, daß sie nur immer Ja oder Nein gesagt habe, ohne die Fragen zu verstehen.

Die Polizeirätin widerspricht dem und sagt: „Hilde mußte über sämtliche sexuellen Fragen vollkommen Bescheid und sprach auch über die letzten Dinge völlig kühl und unbefangene. Sie gab an, schon mit neun Jahren über das Kinderkriegen orientiert gewesen zu sein.“

Fräulein Friedländer ist Studienassessorin und weiß über die Schülerin Hilde weiter nichts auszusagen, als daß sie ein aufgewecktes, durchschnittliches Mädchen gewesen sei. Ueber die Wahrheitsliebe ihrer Schülerin kann die Zeugin keine Aussagen machen.

Als der Verteidiger weitere Fragen stellen will, unterbricht ihn der Vorsitzende: „Aber Herr Verteidiger, wir müssen uns beeilen. Der Saal ist bestimmt am Dienstag besetzt. Wir müssen also bis dahin fertig sein!“

Am Schluß des zweiten Verhandlungstages werden noch ein Polizeikommissar und ein Wachtmeister vernommen, deren Aussagen nichts Wesentliches ergeben.



Verteidiger Dr. Frey 2. Staatsanwalt Hoffmann

Dritter Verhandlungstag

Gleich zu Beginn der Verhandlung kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen Verteidigung und der Staatsanwaltschaft. Diese hat den Sachverständigen Dr. Placzek geladen, der lächelnd auf seiner Bank Platz genommen hat. Er hat vor einigen Wochen die Hilde Scheller im Auftrag ihrer Eltern untersucht und soll sich nun gutachtlich vor Gericht über ihre Glaubwürdigkeit äußern.

Der Verteidiger protestiert heftig dagegen, daß man einen Sachverständigen ladet, dessen günstiges Urteil über Hilde der Staatsanwaltschaft vorher bekannt war. Im übrigen wirft er der Staatsanwaltschaft vor, die Prozeßordnung nicht eingehalten zu haben, da man ihn, den Verteidiger, nicht von der Ladung benachrichtigt habe.

Nach diesem Vorwurf beginnt die Prozeßmaschine heftig zu schmerzen. Der Vorsitzende verliert mit einem: „Aber meine Herren!“ dazwischen zu fahren, und der zweite Staatsanwalt Hoffmann quakt: „Wir haben ihn geladen, und da ist er.“

Verteidiger: „Für uns ist der Herr Dr. Placzek nicht da.“

Vorsitzender: „Herr Dr. Placzek ist da!“

Verteidiger: „Aber er hat nicht zu sprechen.“

Vorsitzender: „Darüber werden wir uns schäftigen werden, wie?“

Hierauf gibt die Verteidigung ihre Gegenmaßnahmen bekannt. Dr. Frey beantragt die Verhandlung so lange auszuschieben, bis die Stellung des Herrn Dr. Placzek im Gerichtssaal geklärt sei, was dieser mit einem: „Unverschämtheit!“ quittiert. Es sei eigentümlich, sagt Dr. Frey, daß die Staatsanwaltschaft die Ladung wichtiger polizeilicher Zeugen, die über den Wert der Aussagen Hilde Schellers auszusagen imstande sind, abgelehnt habe, während sie die Ladung Placzeks nur zu dem

Zweide in Szene gesetzt habe, weil dieser bereits ein günstiges Urteil über Hildes Glaubwürdigkeit abgegeben hat. Als weitere Gegenmaßnahme beantragt er, während der Vorführung bloß und bläulich wird, die Ladung von 35 weiteren Zeugen. Ein Teil davon soll darüber aussagen, daß Kranz unter dem Einfluß Günthers Schellers gestanden habe.

Revolver für Jungdolente „selbstverständlich“
Anderer sollen betonen, daß der Besitz eines Revolvers für ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens eine Selbstverständlichkeit sei.

Dann wünscht Dr. Frey die Ladung von Zeugen darüber, daß die Familie Scheller für den 19. Februar 1928 aus Anlaß dieses Prozesses ein Kostümfest zu veranstalten beabsichtigt, zu dem bereits die Einladungen verschickt sind. Zur Begründung dieser großen Anzahl von Zeugen verliest Dr. Frey den Schlußsatz eines Briefes, den er gestern erhalten hat: „Dessen Inhalt ist es Ihnen, den Prozeß auf möglichst breite Basis zu stellen, damit er der heutigen Jugend zum Nutzen gereicht.“

Am von dem Schriftführer der Verteidigung Kenntnis nehmen zu können, beantragt die Staatsanwaltschaft 15 Minuten Pause. Nach dem Wiederzusammentreten des Gerichts bittet Oberstaatsanwalt Steinbeck, als wahr zu unterstellen, daß der Angeklagte ein bescheidenes und ruhiges Mensch sei. Auf der Vernehmung des Sachverständigen Plasetz besteht er nach wie vor.

Mitgliedern eines Wehrverbandes selbstverständlich ist. Von den 35 von der Verteidigung beantragten Zeugen bittet er auf 31 zu verzichten.

Der Verteidiger macht einige Bemerkungen über das „als wahr unterstellt werden“. Der Eindruck der mündlichen Aussagen geladener Zeugen auf das Gericht sei bedeutend stärker, als wenn man irgendeine Tatsache als wahr unterstelle. Es sei weiterhin merkwürdig, daß man von dieser abweichenden Normel immer nur dann Gebrauch mache, wenn es sich um Entlastungszeugen des Angeklagten Kranz handle. Was Herrn Dr. Plasetz betrifft, so bittet er ihn, sich darüber zu äußern, in wessen Auftrag er gekommen sei. Der Verteidiger beantragt, die Hilde Scheller über Sonntag durch zwei Gerichtsärzte auf die Glaubwürdigkeit hin untersuchen zu lassen.

Der Vorsitzende befragt sich bitter darüber, daß der Prozeß immer größere Ausmaße annimmt. Wenn das so weitergeht, sagt er, müssen wir auch am Montag verhandeln. Am Dienstag müssen wir fertig sein, da der Saal besetzt wird.

Verteidiger: Es ist dem Herrn Landgerichtsdirektor bekannt, daß ich am Montag durch eine wichtige Disziplinärverhandlung abgehalten bin. Im übrigen möchte ich darauf verweisen, daß der Herr Direktor Präsident dieses Gerichts ist und daß er mit einer Handbewegung sich den Saal verschaffen kann, den er braucht. Ich stelle das Gericht vor die Frage, was wichtiger ist: die Berufspflichten eines Verteidigers, oder die Vergebung eines Saales im Schwurgericht.

Boxerkönig oder nicht?

Der Vorsitzende läßt sich nicht von seiner Ansicht abbringen. Dann verliest er das Schreiben eines gewissen Arth. Marzke. In diesem Schreiben wird dargelegt, daß der Boxer im Gefängnis saß und der Boxerkönig von Berlin genannt wurde. Er sei im Gefängnis völlig unbescholten und in einem höchsten Engrosgehalt als Leihling tätig.

Der Verteidiger bemerkt dazu, er meine einen anderen Arth. Marzke. Dieser habe tatsächlich im Gefängnis und habe sich der Bekanntheit mit Hilde Scheller gerühmt. Dann liest er seinen Antrag auf Ladung des Geschäftsführers der Europadiele zurück, da es sich herausgestellt habe, daß nicht Hilde Scheller, sondern ihre Freundin aus dem Lokal herausgeschmissen worden sei.

Das Gericht lehnt dann die Ladung einer ganzen Reihe von Zeugen ab und tritt in die Vernehmung von Elinor Ratti ein.

Elinor Ratti als Zeugin

Die Freundin Hildes macht ihre Aussagen in unbestimmter, zumweilen sehr aggressiver Form. Sie ist am 13. Mai 1921 geboren.

Vorsitzender: Sie waren befreundet mit Hilde Scheller? Sind Sie es noch?

Zeugin: Ich weiß es nicht.

Vorsitzender: Warum?

Zeugin: Erstens wegen meiner Eltern, und zweitens habe ich in der Zeitung selber gelesen.

Nach ihrer Vernehmung sagt sie aus, daß sie den Paul Kranz nur sehr oberflächlich gekannt habe. Sie habe ihn einmal zufällig nur kurze Zeit bei einem Besuch in Wahlom gesehen. Am Abend vor der Wahnacht ist sie von Hilde gegen 10 Uhr abgeholt worden. Dann ist sie mit Hans und Hilde in die Schellerische Wohnung gegangen. Im Speisezimmer hat sie mit Paul und Günther zusammengesessen. Schließlich ist Günther gegangen. Auf die Aufforderung Hildes hat sie sich dann mit Paul ins Schlafzimmer begeben, wo sie sich geküßt und unterhalten haben. Später wurde sie von Hilde aufgefodert, nach Hause zu gehen. Von einem Vorladung Hildes, daß sie alle vier die Nacht in der Schellerischen Wohnung verbringen wollten, weiß sie nichts.

Verteidiger: Hat Hilde zu Ihnen gesagt, Sie müssen jetzt gehen und Paul müsse auch gehen? Hatten Sie damals den Schlüssel, Hilde wollte mit Hans Stephan allein bleiben?

Zeugin: Ich kann mich nicht entsinnen. Ich kann mich ja nicht in Hilde hineinverlesen, was sie sich dabei gedacht hat.

An Paul hat sie nichts von Eifersucht bemerkt. Er hat im Gegenteil zu ihr gesagt, daß er sie viel lieber hätte als Hilde. Dann macht Elinor Ratti das Gericht darauf aufmerksam, daß ihre Aussagen durch das Lesen von Zeitungen und durch Hildes Einfluß bestimmt wären.

Die Schüsse

Über die Ereignisgeschichte am nächsten Morgen weiß sie zu berichten: „Ich stand etwas früher auf als sonst; es war ungefähr 7 Uhr. Weil es noch zu früh zur Schule war, ging ich zu Hilde. Paul machte die Tür auf, und ich gab ihm einen Guten-Morgen-Kuß. Dann kam auch Günther. Bei der Begrüßung sah er zur Seite. Ueberrascht kam mir das Benehmen aller recht komisch vor. Ich ging zu Hilde ins Badezimmer. Sie erzählte mir, daß Hans da sei, worauf ich ihr sagte, ob sie nicht wohnsinnig sei. Dann klopfte Paul an die Tür und sagte ungefähr: „Die Feiden sind im Schlafzimmer.“ Er kann auch gesagt haben: „Günther ist im Schlafzimmer.“ Dann hörte ich die Schüsse. Hilde ist zuerst ins Zimmer gegangen. Ich folgte. Hilde sagte: „Günther, was hast du gemacht.“ Paul stand, und wir haben uns beide angequollt. Dann rief Hilde: „Wo bist du, Hans?“ Sie nahm das Federbett weg und sah, daß er tot war.“

Sie bricht Elinor Ratti in Tränen aus. Auf die Fragen des Vorsitzenden nach dem Grund ihrer Erregung sagt sie: „Es war doch so schrecklich, wie Hilde rief: „Hans allein habe ich getötet.“ Hans, mein Hans!“

Dann berichtet die Zeugin, daß sie sich mit Hilde und Paul ins Kinderzimmer begeben hätte. Hilde habe gesagt: „Was sollen wir machen; vielleicht kommt Paul in Verdacht.“ Paul sagte: „Ich mache Schluß, und ging ins Schlafzimmer. Die Mädchen folgten ihm. Elinor sollte ihm beistehen, wenn Günthers Körper aufgehoben, aber sie war nicht dazu imstande. Dann entfernte sich Elinor.“

Zeugin: Paul sagte noch zu mir: „Es war Günthers Revolver.“ Ich sagte: „Es war demer.“ Aber ich kann alles nicht mehr so genau sagen, weil ich die Zeitung gelesen habe.“

Mieterhöhung auf Gleichemwegen

(Arbeiterkorrespondenz)

Heidenau. Eine geschäftstüchtige Hausbesitzerin ist die Schwamme Frau Seid in Heidenau. In der Inflation verlor sie es, ihr Kapital in einem Hausgrundstück anzulegen. Da am betreffenden Grundstück vom früheren Hausbesitzer (der Bodentrostgesellschaft) so gut wie keine Reparaturen gemacht wurden, befand sich das Haus nicht gerade im besten Zustande. Die meisten Mieter haben sich ihre Wohnungen von ihrem sorgfältigen Einkommen selbst vorgerichtet. Sind aber einmal Reparaturen zu machen, die unbedingt vom Hauswirt ausgeführt werden müssen (wie Ofeninstandsetzung, sowie neue Fußböden einlegen), so gibt es ein langes Hin- und Her, und die Wirtin verlangt, daß der betreffende Mieter „seinen Teil“ dazu beiträgt; weigert sich derselbe, so wird mit Gericht und Räumungsdrohung gedroht, auch dann, wenn es sich um eine arme Rentnerin handelt.

Auf Grund des großen Wohnungsmangels findet man allgemein, daß heute verheiratete junge Leute bei ihren Eltern bzw. Schwiegereltern wohnen. Selbstverständlich nicht, weil es den jungen Leuten Vergnügen bereitet, recht zusammengepfercht zu wohnen, sondern nur der bitteren Not gehorchend. Auch in dem Grundstück der Frau Seid ist das der Fall. Die genannte Dame macht nun aus dieser Not eine Tugend und einen neuen Erwerbseweg für Hausbesitzer ausfindig. Sie verlangt von jedem Untermieter (wegen Mehrverbrauchs von Wasser, Benutzung von Abort, Abseugrube usw.) monatlich 5 Mark, jährlich also 60 Mark Extramiete. Im Hause kommen etwa fünf Parteien in Frage, das ist ein Extrazug von jährlich 300 Mt. Die tatsächlichen Mehrausgaben, die durch den Untermieter entstehen, dürften zu dieser Summe in keinem Verhältnis stehen. Interessant dabei ist, mit welchen Methoden die Wirtin vorgegangen ist. Ähnlich wie ein Untersuchungsrichter sagt: „Gestehen Sie mir, Ihre Kollegen hat ja schon alles gekannt“, so auch Frau Seid, die von einem Untermieter zum anderen gegangen ist und erklärte: „Sie müssen jetzt auch fünf Mark monatlich bezahlen, bei dem und dem war ich schon, der bezahlt auch.“ Hinterher stellte sie heraus, daß es gar nicht an dem war. Bezeichnend ist noch, daß die Wirtin bei verheirateten der jungen Leute als Kinderfrau tätig war, die sie nun mit einer Extraleuer von 60 Mark beladen will. Wir nehmen an, daß die dort wohnenden Proletarier nicht so naiv sind und ihrer ohnehin nicht schlecht dastehenden Wirtin dieses Geschenk machen. Auf die angewandten Sparmethoden in bezug auf Treppen-

befuchtung (keine Petroleumlampen), Ausbesserungsarbeiten, auf die Wohnungen, in die es hineingegossen soll, werden wir ein andermal zu sprechen kommen.

Pirna. Schietel, Tojal und Kötner sind neben dem Herrn Oberwachtmeister Stolle die ausschließlichen Nachfolger der Schretens der hiesigen arbeitenden Bevölkerung, des Herrn Pöcker. Wir erinnern uns noch der mühseligen Schrecken unerer Kaiseramtswortlichen gegenüber der nicht geringen Präfekturalatrophe seitens einiger unserer Polizeibeamten. Wir erinnern uns einer Vertreibung der Polizeigewalt in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen, wo eine Frau förmlich durch Widerstand die Polizei in „Anerkennung“ drängte. Ja, wo eben die Frau sich in die Hosen eines Schuhmanns verbeissen haben sollte, obgleich die Verletzte nicht einen Zahn im Munde hat, der auch bei hundelangen Peisen in eine Polizeistube ein Loch zustande bringen könnte. Daß solche Erklärungen seitens der Exekutive natürlich nicht geeignet sind, Abhilfe zu schaffen, ist wohl selbstverständlich, ja, sie bedeuten geradezu einen Anreiz zu Exzessen. Und so ist nur selbstverständlich, wenn Vertreter der hierfür bekannten Polizeiträfte an der Tagesordnung sind, den Nacht vom Montag zum Dienstag in der 2. Stunde bearbeiteten die ersgennannten 3 Schüler einen Arbeiter darauf, daß er ohnmächtig und blutig geschlagen per Auto wegzotransportiert werden mußte. Wir wissen zwar, daß wir in der Epoche des weißen Terrors leben, wir wissen auch, daß der Polizeibeamtensverband in seiner Gesamtheit nicht mit solchen Handlungen einverstanden ist. Trotzdem sind wir der Meinung, daß die Gewerkschaft als solche konkret gegen solche Mitglieder ihrer Organisation Stellung nehmen müßte. Dann wird es der Exekutive auch nicht mehr möglich sein, durch Tötung und Vertreibung solcher Exzesse den Anreiz zu weiteren Exzessen zu verhindern. Im Falle Schietel ist dies besonders wichtig. Er scheint doch immerhin „noch und noch“ auf seine Schultern nehmen zu dürfen und auch zu wollen. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung dürfte eine Abrechnung mit diesem Schietel notwendig werden. In der Zeit wird es sein, die Arbeiterkassen gegen solche Vorkommnisse, wo andauernd die Treibkraft vorhergeht. „Gute Kommunisten werden wir's schon noch befragen“, obgleich sie in ihrem Heberes in den keltendsten Fällen auch witzige Kommunisten treffen. Für sie ist es Selbstverständlichkeit, daß ein Prolet auch ein Kommunist sein muß. Es wäre bezeichnend, wenn dem so wäre, denn könnten sich Schietel und Kötner auch auf keine andere Insel retten als Herr Pöcker. Arbeiter! Erscheint alle in der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Die Wahrheit in Wort und Bild

Im Bezirk Ostschlesien finden folgende Lichtbildervorträge statt, die der gesamten Arbeiterkassen dringend empfohlen werden, um sich selbst davon zu überzeugen, ob es mit Sowjetrußland abwärts geht:

- Dresden-N.: Dienstag den 14. Februar, 20 Uhr, Wallhaus, Bankner Straße.
- Dresden-Göltzau: Mittwoch den 15. Februar, Bürgergarten Beginn 20 Uhr.
- Burkhardtswalde: Donnerstag den 16. Februar, Erbgericht, 20 Uhr.
- Zittau: Freitag den 17. Februar, Schwarzer Adler, Beginn 20 Uhr.
- Zschaschuh: Montag den 20. Februar, Schule am Sand, 20 Uhr.
- Hannewitz: Dienstag den 21. Februar, Gasthof, 20 Uhr.

In allen Versammlungen spricht der Oberregierungsrat Dr. Hugo Jakob, Weimar, der mehrmals Sowjetrußland bereist hat. Die Lichtbilder sind Neuaufnahmen der letzten Delegation, an welcher er selbst teilgenommen hat.

Vorsitzender: „Wie kamen Sie dazu, die Zeitung zu lesen, das verzieht doch.“

Zeugin: „Ich mußte. Manchmal hat mir Hilde gesagt: „Es war doch nicht so.“ Wenn ich nicht verzeiht worden wäre, würde ich ganz anders ausgefallen; aber so überlege ich mir bei jedem Wort, ob ich nicht einen Meißel begehe.“

Vorsitzender: „Da brauchen Sie keine Angst zu haben. Was war das vorher mit der harten Gemütserrgung, die sich Ihrer bemächtigte?“

Die Zeugin meint nach dieser ungehobten Frage von neuem und sagt: „Das ist ja klar, daß man sich aufregt, wenn man an diese schrecklichen Dinge zurückdenkt.“

Warum weinte Hilde Scheller?

Vorsitzender: „Was sagen Sie dazu, daß Hilde über den Tod von Hans mehr gemeint hat, als über den Tod ihres Brubers?“

Zeugin: „Ich kann das verstehen. Ich würde eventuell über den Tod einer guten Freundin auch trauriger sein, als über den Tod meiner Schwester.“

Der Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß der Angeklagte den Verhandlungen nicht mehr folgen könne und eine Tasse Kaffee verlangt. Der Vorsitzende behandelt diese Bitte mit der ihm eigenen Umständlichkeit. Er fragt zunächst den Gerichtsarzt, ob der Genuß einer Tasse Kaffee in einem solchen Falle angebracht sei. Dann äußert er ein zweites Bedenken, ob die Gefängnistöche jetzt überhaupt Kaffee trinken können. Die Frage wird dadurch gelöst, daß die Mutter des Angeklagten für ihren Sohn eine Tasse Kaffee herbeiholt.

Daraufhin wird in der Vernehmung der Zeugin weiter fortgeführt. Nachdem die Schüsse gefallen waren, hat Hilde versucht, die Tür zu öffnen. Sie kann aber auch gleich hineingegangen sein.

Vorsitzender: „Früher hatten Sie präzisere Angaben gemacht.“

Zeugin: „Jetzt habe ich Angst, weil ich verzeiht worden bin.“

Der Angeklagte im Liegestuhl

Verteidiger: „Der Angeklagte kann der Verhandlung wieder nicht mehr folgen.“

Vorsitzender: „Kranz, machen Sie uns keine Geschichten, Weihen Sie die Zähne zusammen. Sie haben wahrheitlich wieder Zigaretten geraucht.“

Der Angeklagte wird darauf in einen Liegestuhl hinter dem Zeugnisschirm gebracht.

Als die Zeugin die Schüsse gehört hat, hat sie zunächst angenommen, Paul habe sich erschossen. Dann gibt sie an, daß sie einmal mit einer Freundin in den Wilhelmshallen gewesen sei, wo Vater Kranz als Musiker beschäftigt ist. Er habe kurze Zeit mit ihr gesprochen und sie gefragt, ob sie seinen Sohn für fähig halte, eine solche Tat zu begehen. Sie habe ihm aber eine ausweichende Antwort gegeben. Dann befragt sie ihre Angaben vor dem Untersuchungsrichter, daß ihr Paul auf der Treppe nachgerufen habe: „Wenn ich nicht um 1/6 Uhr am Bahnhof Wariendorf bin, bin ich verhaftet.“ Auf weitere Vorhaltungen

des Verteidigers, der sie auf verschiedene Widersprüche aufmerksam macht, betont die Zeugin immer wieder: „Ich kann es nicht genau sagen. Ich denke jede Minute an meinen Eid.“ Dann wird die Zeugin der Hilde Scheller gegenübergestellt, weil diese es abgelehnt hat, daß Paul an die Tür des Badezimmers geklopft habe. Beide bleiben bei ihrer Ansicht. Das veranlaßt den Verteidiger zu der Frage an den Staatsanwalt, ob er nach den bisherigen Ergebnissen des Prozesses die Anklage fallen lassen will.

Der Staatsanwalt lehnt ab.

Der Kriminalkommissar Liebig hat von Hilde Scheller einen sehr günstigen Eindruck erhalten. Er sei mit ihr im Auto von der Wohnung nach dem Polizeipräsidium gefahren, und sie habe sich sehr nett mit ihm unterhalten. Dagegen hat er von dem Brimmar Kranz die denkbar schlechteste Meinung. Er habe verärgert und ängstlich dagelegen, klar ausgeprochen und fortwährend mit tiefen Lungenzügen Zigaretten geraucht. Seine Antworten überstürzten sich und in drei Minuten hätte er fünfmal die Meinung gewechselt.

Staatsanwalt Hoffmann (träsend): „Mit frecher Sprache, nicht wahr?“

Diese alberne Bemerkung ruft allgemeines Gelächter hervor. Der Verteidiger richtet an den Zeugen mehrere Fragen, als deren Ergebnis festzustellen ist, daß Hilde mindestens ebensolch wie Paul Kranz gelogen hat. Die Frage des Staatsanwaltes, welchen Eindruck der Zeuge von Hildes Glaubwürdigkeit gehabt habe, bittet der Verteidiger, abzulehnen. Der Zeuge habe nicht über seine Eindrücke, sondern über Tatsachen zu berichten.

Vorsitzender: „Aber Herr Rechtsanwalt, Sie haben doch gesehen den Polizeipräsidenten Weiß auch über seine Eindrücke gefragt.“

Verteidiger: „Nein, Herr Direktor, ich war schlaue, ich habe es anders formuliert.“

Der Vorsitzende Duß wird immer nervöser. Den als Zeugen erschienenen Oberrealchulndirektor verwehrt er mit dem Direktor eines Mädchenlyzeums und will von dem gänzlich verdurkten Schulmann wissen, was er über Hilde Scheller denke. Zeuge (ängstlich): „Ich habe doch nur Schüler in meinem Anfall.“

Vorsitzender: „So, sind Sie da? (Heiterkeit). Sie sind also der Direktor von Kranz gewesen?“

Zu seiner Entschuldigung führt Duß an, daß es ihm öfters passiere, daß er die Parteien miteinander verwechselte. Das könnten ihm seine Kollegen bestätigen. Ein paar Minuten später liefert er auch selbst den Beweis, indem er die Zeugin Elinor Ratti „Angeklagte“ tituliert.

Der Schuldirektor stellt seinem ehemaligen Schüler Kranz ein glänzendes Zeugnis aus. Er schildert ihn als sehr fähigen Schüler, der in keiner Anstalt eine Freistelle gehabt habe. Als in den letzten Jahren der Genuß der Freistelle aufhörte, habe er dafür gelobt, daß Kranz weiter bei ihm bleiben könne. Nachdem Kranz von seinem Ausfluge nach München zurückgekehrt war, habe er ihm gut zugeredet. Kranz habe sich dann auch zusammengenommen und seine Nachhilfestunden zur größten Zufriedenheit aller Beteiligten erteilt.

Gewerkschaftsfunktionäre!

Seite 19,30 Uhr spricht Gen. Vieberath, M. D. L. im Brandenburger Hof, Berliner Straße, über: Reformistische Kamptaktik gegen die Opposition

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten

Die Wirkung des neuen Gesetzes

Von Dr. Schminde

Zwei Umstände waren es, welche die Forderung weitaus Kreise der Bevölkerung nach einer Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und nach Neuregelung der geschlechtlichen Beziehungen gegenüber der Prostitution notwendig machten. Im Laufe des Krieges und in der Nachkriegszeit hatten die Geschlechtskrankheiten eine solche Ausbreitung genommen, daß zum Beispiel in Berlin in einem einzigen Jahre 51 000 Erkrankungen an Tripper und 13 000 an Syphilis von den Ärzten gemeldet wurden, während im ganzen Reich die Zahl der jährlichen Neuerkrankungen sich auf eine halbe Million belief. Die mittelalterliche Polizeimacht und Grausamkeiten gegenüber der Prostitution ließen die Forderung nach einer menschlichen Behandlung dieser unglücklichen Frauen und Mädchen immer dringender erscheinen.

Seit dem 1. Oktober 1927 ist das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Kraft. In dieser kurzen Zeit hat sich schon gezeigt, daß die kommunalistische Reichstagsfraktion Recht hatte, das Gesetz abzulehnen. Es hat sich gezeigt, daß dieses Gesetz der Bürgerregimentierung keinen ernsthaften Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten bedeutet und daß es die Parastellung der kleinen und mittleren Prostituierten nicht aufgehoben hat. Es hat sich gezeigt, daß es sich als Klassengesetz gegenüber der Arbeiterklasse auswirkt. Vorteile davon haben nur die Privatärzte gehabt dadurch, daß den Laienbehandlern durch das Verbot der Behandlung auch der nicht ansteckungsfähigen Erkrankungen der Geschlechtskrankheiten ein schwerer Schlag verfehlt ist, während die Privatärzte nicht nur die Konkurrenz der Laienbehandler losgeworden sind, sondern sogar noch ein besonderes Privileg erhalten haben. Der § 9 des Gesetzes legt nämlich dem Privatarzt die „Pflicht“ auf, den ansteckungsfähigen Geschlechtskranken, der sich der Behandlung entzieht, der Gesundheitsbehörde zu melden. Da nun aber beispielsweise der chronische Tripper der Frau jahrelang ansteckungsfähig bleibt, so hat ein geschäftstüchtiger Privatarzt jetzt die Möglichkeit, sich jahrelang eine gute Einnahmequelle zu erhalten.

Das Gesetz kann deshalb keinen ernsthaften Kampf gegen die Volksseuche bedeuten, da in ihm keinerlei öffentliche Mittel für die Bekämpfung der Krankheiten ausgeworfen sind. Ein Antrag der Kommunistischen Partei: „Die Behandlung der Geschlechtskrankheiten ist kostenlos“, wurde abgelehnt, dafür wurde der Satz eingefügt: Die Behandlung wird aus öffentlichen Mitteln sichergestellt. In der Praxis hat sich gezeigt, daß die Behandlung durch Vorhülle gewährt wird, die aber später von dem Erkrankten eingezogen werden. Durch Regelung der Kostenfrage wird vielfach kostbare Zeit für den Kranken verloren. Dann führt die Beitreibung der Kosten dazu, daß in kleinen Orten durch das Bekannwerden der Krankheit den betroffenen Personen Fernwärtigkeit in der Familie, Gefährdung der Existenz, Diskriminierung und Diskreditierung droht.

Bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat man an Stelle der ärztlichen und wirtschaftlichen Hilfe, wie zum Beispiel bei der Tuberkulosebekämpfung das Gefängnis und das Arbeitshaus gesetzt. Für Tuberkulosefranke gibt es Ambulatorien, Fürsorgestellen und Heilanstalten, in denen diese Kranken behandelt und ihre Gesundheit wieder hergestellt wird. Das RGBG sieht keine Ambulatorien vor, wie es außer in Rußland auch in England in weitestgehender Weise geschehen ist, in denen die Erkrankten kostenlos behandelt und untergebracht sind. Es zeigt sich hierbei das wahre Gesicht der reaktionären Reichstagsmehrheit und ihrer Regierung, die keinerlei Mittel für soziale Zwecke übrig hat. Dringend notwendig ist vor allen Dingen die Unterstützung der Familien der Erkrankten. Alles dieses fehlt im Gesetz. Im Gegenteil, die Behandlung wird durch Ausführungsbestimmungen, wie sie zum Beispiel die preussische Regierung erlassen hat, noch erschwert. So haben die ärztlichen wirtschaftlichen Organisationen durchgesetzt, daß in den Beratungsstellen keine Heilbehandlung erfolgen soll. Wegen der Privatinteressen der Ärzte darf der Kranke zwar untersucht werden, muß aber dann zur Behandlung sich zu einem Privatarzt begeben. Infolgedessen wird oft die frühzeitige Behandlung des Erkrankten verläumt und die Krankheit, die im Anfang noch hätte unterdrückt werden können, kann sich nun über den ganzen Organismus ausbreiten.

Die Ursache der Volkskrankheiten, der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, Rachitis usw. sind die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die breite Masse der Arbeiterklasse leben muß. Das Gesetz enthält weiter keine Bestimmungen darüber, daß in Fällen der Gefahr der Übertragung etwas geschehen muß, um die Kranken materiell zu unterstützen, ihnen Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, oder die gefährdeten Familien in hygienischen Wohnungen unterzubringen.

Das Gesetz hemmt die Volksaufklärung und stellt das Anpreisen und Verkaufen von Mitteln, die geeignet sind, die Ansteckung zu verhüten, unter Umständen unter Gefängnisstrafe. Wollte man ernsthaft die Geschlechtskrankheiten bekämpfen, so müßte man für weitestgehende Aufklärung der Jugend sorgen und müßte Mittel zur Verhütung dieser Krankheiten kostenlos abgeben, wie in verschiedenen Ländern, in denen die Malaria herrscht, das Chinin kostenlos an die Bevölkerung zur Bekämpfung dieser Krankheit abgegeben wird.

Die menschenunwürdige Stellung der Prostituierten ist auch nicht gebessert worden, denn durch § 361 Absatz 6 wird der Anzuchbegriff aufrechterhalten. Nach einer kürzlich gefällten Reichsgerichtsentcheidung ist Anzucht jede sexuelle Handlung zweier Menschen untereinander, mit Ausnahme der Ehegatten. Es kann infolge dieser Bestimmung eine Person, welche öffentlich in einer „Sittlichen und Anstand verletzenden Weise“ zur Anzucht auffordert, oder sich dazu anbietet, bestraft werden. In einem weiteren Absatz wird auch der Begriff der Erwerbsunzucht beibehalten, und zwar für Ortshausen unter 15 000 Einwohnern, für die Gegenden in der Nähe der Kirchen und Schulen und für Wohnungen, in denen sich Personen unter 18 Jahren aufhalten. Es kann auf Grund dieses § 361 Absatz 6 wegen Freiübungen jeder Frau passieren, daß sie mit leicht beledetem Körper oder frühlichem Treiben von einem „Sittentüchtigen Staatsanwalt“ verfolgt wird. Die Strafen für diese Vergehen sind Haftstrafen und unter Umständen bis zu zwei Jahren Arbeitshaus. Auch in bezug auf die Registrierung und Sittenkontrolle der Prostituierten ist eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Da das Gesetz die regelmäßige

Beibringung von Gesundheitszeugnissen vorseht, haben in manchen Städten die Gesundheitsbehörden die Funktionen übernommen, die früher die Polizei ausübte. Man hat es sich so leicht gemacht, daß man einfach an Stelle des Schiltes „Polizeiamt“ ein Schild „Gesundheitsamt“ angebracht hat, im übrigen aber die Sittenkontrolle nach wie vor ausübt.

In Berlin ist infolge des Einflusses der Arbeiterbewegung auf die Stadtverwaltung die Sittenkontrolle aufgehoben worden, so daß also keinerlei Sonderbestimmungen mehr für diese Frauen bestehen. Es sind für die Behandlung der Erkrankten in mehreren Bezirken neben den Beratungsstellen Behandlungsstellen eingerichtet worden, in denen eine kostenlose Behandlung auch ohne Nennung des Namens der Erkrankten gewährt wird. Die Kosten für die Krankenhausbehandlung werden durch das Wohlfahrtsamt verauslagt, bisher aber wieder eingezogen. Ein Zustand, der unbedingt noch beseitigt werden muß.

Zwar sind in vielen Städten die Bordells geschlossen worden, in Dresden aber existieren sie noch weiter, wenn auch in veränderter Form. Infolgedessen blüht in Sachen des Zuhältertums noch so lippig weiter, daß sich die Zuhälter organisiert und die verschiedenen Ortsgruppen zum mitteldeutschen Ring der Liga der Zuhälter zusammengeschlossen haben. Scheinbar nimmt die Stadtverwaltung an, daß das Offenhalten der Bordells im Interesse der lässlichen Industriellen und ihrer Geschäftsführer liegt.

Die hohen Strafen, bis zu drei Jahren Gefängnis, die über Personen verhängt werden, die, obwohl sie geschlechtskrank sind, Geschlechtsverkehr ausüben, können zur Verurteilung einer jeden Prostituierten führen, da nach Ansicht der medizinischen Fachautoritäten dieselben ausnahmslos an chronischem Tripper leiden, der besonders zu Zeiten der Menstruation äußerst infektiös ist.

Es wird die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, dieses Gesetz, das sich nicht als ein Gesetz im Interesse der Volksgeundheit auswirkt, sondern als ein Klassengesetz gegen die arbeitende Bevölkerung, zu Fall zu bringen. Die Strafbestimmungen des Gesetzes werden niemals angewandt gegenüber den Söhnen der Aristokraten und Finanzleute und deren Maitresses, sondern werden angewandt gegen Leute aus den erwerbstätigen Schichten und gegen die mittleren und kleinen Prostituierten.

Die Geschlechtskrankheiten müssen nach denselben Methoden bekämpft werden, wie es auch für andere Infektionskrankheiten als zweckmäßig erscheint, das heißt mit hygienischen und fürsorglichen Maßnahmen.

Dazu gehören aber nicht Strafdrohungen von Haft, Gefängnis und Arbeitshaus, sondern kostenlose ärztliche Behandlung und materielle Unterstützung der gefährdeten Erkrankten.

Heute Dienstag 20 Uhr Vorkursvortrag über Sowjetrußland im Volkshaus, Dresden-Neustadt, Bauhner Straße. Redner: Oberregierungsrat Dr. Jakob, Weimar. Eintritt 30 Pfennig, Erwerbslose 15 Pfennig.

Rückkehr Dreodner Kinder. Die zur Erholung in Scheitersbau untergebrachten Dreodner Kinder kehren am 16. Februar 18.23 Uhr zurück. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zur genannten Zeit auf dem Dreodner Hauptbahnhof abzuholen.

Gewerdomähige Betrügerin festgenommen. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurde am 11. Februar die 25 Jahre alte Arbeiterin Frieda Bachmann aus Kadeburg wegen umfangreicher Betrügereien, die sie in Dresden und Umgebung ausgeführt hat, festgenommen. Sie erwiderte sich unter den verschiedensten Vorwänden von Personen Darlehen. Wenn ihr der Boden in Dresden zu heiß wurde, verlegte sie ihr Arbeitsfeld auf das Landesgebiet. Hier trat sie in Lawa, Sörnewitz, Ober- und Mittel-Ebersbach und Kaddeburg bei Landwirten auf, verdingte sich als Magd und ließ sich den Mietzins geben. In

Wirklichkeit hatte sie gar nicht die Absicht, zu arbeiten, sondern es war ihr nur um die Erlangung des Mietzinses zu tun, den sie sofort in eigenen Nutzen verwendete. Bei ihren Betrügereien legte sie sich die Namen Elze Kiemer, Bachmann und Viehlich zu. Da die Festgenommene längere Zeit nur von derartigen Betrügereien gelebt hat, wird angenommen, daß noch mehr Fälle vorliegen.

Der Muff als Versteck. In einem Kaufhaus auf der Wilsdruffer Straße wurde kürzlich eine unbekannte Frau dabei erwischt, wie sie einen wertvollen Pullover in ihrem Rockmuff verheimlichen ließ. Die Diebin wurde festgehalten, doch gelang es ihr, im Gedränge unter Zurücklassung des Muffes zu entkommen. Sie wird beschreiben: 38 bis 40 Jahre alt, 165 bis 170 Zentimeter groß, schlante Gestalt, blonde Haare, längliches gelblichrotes Gesicht, gute Aussprache. Kleidung: keinen hellen Hut, graubraune Pelzjacke.

Jungen zu einem Handtaschenraub gesucht. Der Handtaschenräuber, auf dessen Konto bereits mehrere Fälle kommen, entriß am 10. Februar zwischen 21.30 und 22.30 Uhr einer Frau auf der Wintergartenstraße die Handtasche. Er wurde von der Nebenpolizei verfolgt und auf der Stäbelfabrik zur Rede gestellt. Als er sich erkannte, flüchtete er in den Großen Garten, wo auch später die Handtasche gefunden wurde. Der Rausgang soll von zwei unbekannten Frauen, die ein Martiney und mehrere Pakete bei sich getragen haben, beobachtet worden sein. Da die Aussagen der beiden Jungen von großer Wichtigkeit sind, werden sie ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 149 zu melden.

Bliechrohr gestohlen. In der Nacht zum 12. Februar wurden aus zwei Grundstücken in Vorstadt Kötzau die Abfluhröhre gestohlen.

Die Hilfsleistungen bei Unglücksfällen. Man muß leider immer noch beobachten, daß das Publikum bei Unglücksfällen sich der bestehenden Hilfsleistungen noch nicht zu bedienen weiß. Die Folge davon ist, daß die Berühmten unter Umständen länger als unbedingt nötig warten, an der Unfallstelle liegen bleiben müssen und daß zum anderen die Beamten der Wohlfahrtspolizei und der Feuerwehr beim Eintreffen oft Vorwürfe über sich ergehen lassen müssen. Deswegen wird folgendes zur Beachtung empfohlen: Ist die Wohlfahrtspolizei in der nächsten Nähe der Unfallstelle, so nehme man sich dort hin. Plant die Wache der Ordnungspolizei näher, so nehme man diese in Anspruch; denn auch diese Wachen sind bereit und haben die Weisung, die zuständige Wohlfahrtspolizei sofort telefonisch in Kenntnis zu setzen und eventuell auch den Krankentransportwagen von der Feuerwehr abzurufen. An die Ordnungspolizei wende man sich vor allem auch in den Bezirken, in denen der Wohlfahrtspolizei keine Dienst zur Nachtzeit zusammengelegt ist. Sind die Wachen aber weiter entfernt — und das kann bei der Ausdehnung unserer Polizeibezirke sehr häufig der Fall sein — dann erinnere man sich daran, daß gerade um solche Hilfe heranzufürhen zu können, durch eine Polizeibeamtenthaltung der Ausübung einer Hilfsleistung in sämtlichen Häusern vorgeschrieben ist. Man gebe also ins nächste Haus, stelle die Fernsprechnummer der zuständigen Wohlfahrtspolizei ab und rufe sie vom nächsten Fernsprecher aus an; bei Unglücksfällen wird wohl jeder Fernsprechernehmer gern bereit sein, seinen Anruf zur Verfügung zu stellen. Wird so verfahren, dann können wesentliche Verzögerungen bei Hilfsleistungen kaum noch vorkommen, denn der Krankentransportwagen kann sofort abfahren, und auch die Wohlfahrtspolizeibeamten können rasch zur Stelle sein, zumal da die Wachen förmlich mit Fahrdörtern ausgestattet sind. Die Anforderung zu Hilfsleistungen und die Bestellung von Krankenwagen kann auch direkt auf den Feuerwachen, den Sanitätsmaschinen und der Krankenbeförderungszentrale der Feuerwehr geschehen. Außerdem ist in Aussicht genommen, Fernsprecher auf öffentlichen Straßen aufzustellen, wodurch gleichzeitig, insbesondere während der Nachtzeit, eine weitere Möglichkeit geschaffen wird, die zuständige Wohlfahrtspolizei zu verständigen bzw. den Krankenwagen zu bestellen. Im Anschluß hieran wird noch darauf hingewiesen, daß die Nachtzeit in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober von 21 Uhr bis 7 Uhr und in der Zeit vom 1. November bis 28. Februar von 21 Uhr bis 7.30 Uhr in folgenden Wohlfahrtspolizeiwachen unterhalten wird: im 1./2. Bezirk, Landhausstr. 7; im 3./8. Bezirk, Hauptstr. 5; im 4. Bezirk, Ebnauer Straße 2; im 5. Bezirk, Elbapfah 5; im 10. Bezirk, Schmorstr. 1; im 12./18. Bezirk, Lennersstr. 5; im 14. Bezirk, Wartburgstr. 23; im 15. Bezirk, Bürgerstr. 63; im 16. Bezirk, Maternstr. 17; im 20. Bezirk, Alsdorfer Straße 121; im 21. Bezirk, Tharandter Straße 1; im 22. Bezirk, Köthener Straße 2; im 24. Bezirk, Louisestraße 60; im 26. Bezirk, Weißer Hirsch, Bauhner Landstraße 17; im 27./28. Bezirk, Köchstr. Grundstraße 3, und im 29. Bezirk, Reuben, Herkstraße 23. Die übrigen Wohlfahrtspolizeiwachen sind während der genannten Zeiten geschlossen.

Hinfemann

Zuhörer entgegen, die hier wohl auch eine Demonstration gegen den Halentreuzspiegel erkannten. Und deshalb war Beifall berechtigt und verdient.

Kulturarbeit der UDSR

„Der neue Weg“, das Organ der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, bringt folgende Notiz, die ein helles Licht auf die „holländische Barbare“ wirft:

„800 000 Karten zu herausgekauften Preisen wurden in der letzten Theaterjahren unter der Arbeiter-schaft Moskaus verteilt. Der neue Bühnenbau mit seiner Förderung und Durchführung unbedingter Aktualität macht das Theater in Rußland vollständig wie noch nie.“

Der sowjetrussische Staatsverlag („Gosstat“) bereitet anlässlich des 100. Geburtstages Leo Tolstois eine Gesamtausgabe seiner Werke vor. Diese Gesamtausgabe soll 100 Bände umfassen und in alle Sprachen der nationalen Minderheiten übersetzt werden.

Erwerbslosenkonzert Soermus! Der Moslauer Geiger Soermus spielt am Freitag dem 17. Februar 18.30 Uhr in den Lichtspielen Freiburger Platz für die Dreodner Erwerbslosen. Karten zu 15 Pfennig erhält jeder Erwerbslose gegen Ausweis bis Freitag mittig im Sekretariat der UDS, Güterbahnhofstraße 21, und am Eingang des Volkstheatertheaters. Erwerbslosenausflug Groß-Dresden.

Veranstaltungen der Konzertdirektion Kies. Dienstag den 14. Februar, 19.30 Uhr, im Palmengarten. Goethe-Abend von Dr. Ludwig Willner. Er spricht: Hermann und Dorothea. — Karten bei F. Kies, Seefstr. 21. — Dienstag, 19.30 Uhr, im Künstlerhaus. Einmaliger Klavierabend von Art Rüdge. Er spielt: Bach Toccata und Fuge D-Moll, Schumann, Carnaval, Chopin, Debussy, Stojewitz, Albeniz, Rubinstein. — Karten bei F. Kies, Seefstr. 21. — Mittwoch den 15. Februar, 19.30 Uhr, im Palmengarten. Kompositionsabend von Carl Berkling unter Mitwirkung von Robert Brüll, Konzertfänger (Tenor), Paul Hammer, Staatsoper (Viola). — Karten bei F. Kies, Seefstr. 21. — Donnerstag den 16. Februar, 20 Uhr, im Künstlerhaus. Tänzle: Friedel Mann-Fred Coolemans. Am Becken-Hügel: Jürgard Paulig. — Karten bei F. Kies, Seefstr. 21. — 19.30 Uhr im Palmgarten. Beethoven-Abend von Prof. Max Bauer. — Karten bei F. Kies, Seefstr. 21. — Am 24. Februar, 29. Februar und 4. März, 19.30 Uhr, im Künstlerhaus. 3 Beethoven-Sonaten-Abende, Jan Dahmen (Violoncello) Dobrowen (Klavier). — Abonnements und Einzeltarten bei F. Kies, Seefstr. 21.

Hinfemann. Eine Tragödie von Ernst Toller. Der Versuch, ein Kolonialreich zu gestalten. Dichterisches Ergebnis des Krieges. Formung innerer Schau. — Kastraten?! Als Sänger des sogenannten „heiligen Vaters“ im Vatikan zu Rom. Kein Hahn kräht danach. Nicht einmal der berühmte „biblische“ des St. Peter. — Kastraten?! Als Eunuchen despotischer Sultane litt kein einziges Weib der Gattung um sie. — Kastraten?! Als Sekte „religiöser“ Irrglaubens im zaristischen Rußland. — Kastraten?! Hier — bei Toller — als Opfer des Krieges. Als schrecklicher Einzelfall von Tausenden symbolisch ins Kollektive und Metaphysische gesteigert. Und ein Weib, kein Weib, führt in Verweisung sich selbstmörderisch aus dem Fenster. — Wie es kaum geschehen ist! Als alles zerbrach, blieb den Menschen als letzte Platte — das Geschlecht. In jeder „Einstufung“. Auch in der Einstufung des Krieges.

Toller hat sich die Feder von unsäglichem Mitleid führen lassen. Alles Sehen ward mir zu Wissen — alles Wissen zu Leid! Das sind Toller's eigene Gefühle, die er seinem Hinfemann in den schmerzlich geöffneten Mund legt. Aber mit Lyrik, Epik und mit ideologisch-polemischen Mitleid wirkt kein revolutionäres Drama. Und das sollte doch der „Hinfemann“ sein. Es bleibt stets unfähig, daß aufgeputzter Nationalstern des Stils vor vier Jahren im Staatstheater niederstürzte. Es bleibt deshalb unfähig, weil Toller hier eine äußerlich milde und milde Sprache führt, eine Sprache, deren Mystizismus und Resignation jeden revolutionären Kämpfer ablehnt. Es bleibt unfähig und bescheiden für den moralischen Tiefstand des damals gedungenen Chauvinismus- und Halentreuzspiegels. — Toller läßt keinen „Hinfemann“ zum Strid greifen: „Ich will nicht mehr! Das ist das Ende. Hier liegt die wesentliche Schwäche der Tragödie. Durch epische Freie schmeißt Toller die dramatische Schlagkraft des Stückes ab. Durch bitteren Verzicht zieht er vor eben enthaltene Fragen den Schleier ideologischer Phrasologie. Er zeigt keinen Weg, keinen Kampf — nur den Strid. — Toller wird immer seine Bedeutung haben als Festungsgefangener von Niederschönfeld. Als Dichter gibt er dem Proletariat wenig. Nur in Piscators Beleuchtung wurde sein „Doppia...“ etwas für uns. Sein „Schwalbenbuch“ ist ein müdes Gedicht. Im „Hinfemann“ gibt er den Massen kein Signal. Er zeigt ihnen nur das Leid der Kreatur. „Geez home!“ „Siehe, welch ein Mensch!“ Eine Mahnung ohne Ausweg. ? Dies ist kein Lehrer und Führer! Die „Komödie“ bemühte sich um eine würdige, etwas gedämpfte, verhaltene Wiedergabe der vor Jahren gemachten Tragödie. Erich Friedler, Trude Weisler und der Regisseur W. W. W. nahmen den warmen Dant der zahlreichen wertvollen

ADP / Bezirk Ostfachsen / Sekretariat
 Adresse: Oskarplatz 10, Dresden-N.
 Kolonnenführer: Oskarplatz 10, Dresden-N.
 Sekretariat: Oskarplatz 10, Dresden-N.

Wochensitzungen: Alle Wochensitzungen der Freizeitsportabteilung sind öffentlich, jedoch sind die Teilnehmerzahl für internationale Frauenwettkämpfe sowie für die Teilnahme an den Wettbewerben im Schach und im Billard begrenzt.

Mittwoch den 13. Februar:
 19.30 Uhr im Hotel: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.
 20.30 Uhr im Restaurant „Lilja“, Karlewitz: Kassenabend. Referat über die Wettbewerbe. Kein Gesangsabend.

Donnerstag den 14. Februar:
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.
 20.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Kommunistischer Jugendverband
 Dienstag den 14. Februar
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Mittwoch den 15. Februar:
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Donnerstag den 16. Februar:
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Jugend-Spartakus-Bund
 Mittwoch den 15. Februar
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Roter Frontkämpferbund
 Dienstag den 14. Februar
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Mittwoch den 15. Februar:
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Rote Jungfront
 Donnerstag den 16. Februar
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Mittwoch den 15. Februar:
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Roter Frauen- und Mädchenbund
 Mittwoch den 15. Februar
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Donnerstag den 16. Februar:
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Gemeinschaft proletarischer Freizeiter
 Freitag den 17. Februar
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Verband für Freizeitsport und Gewerkschaft E. V. Eißberg, Unterbezirk Groß-Dresden.
 Freitag den 17. Februar
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Mittwoch den 15. Februar:
 19.30 Uhr im „Kameradschaftsclub“: Mitgliederbesprechung. Referat über die Wettbewerbe.

Arbeiter Sport

Spielteute, rüftet zum Kreisfest!

Zum bevorstehenden Kreisfest, das am 20. bis 22. Juli in Dresden stattfindet, werden alle Sportarten mit einem gewissen Massencharakter vor die Öffentlichkeit treten. Auch an die Spielteute, die die Verarbeitete der freien Sportbewegung bilden, ist die Aufgabe gestellt, ihr ganzes Können zu zeigen und mit einem Massencharakter in Dresden aufzutreten. Nur eine gute Vorbereitung und regelmäßige Übung kann das ermöglichen. Die Spielteute des 3., 5., 7. und 13. Bezirkes haben sich zusammenschlossen und bilden eine Arbeitsgemeinschaft, in der die Vorbereitungen schon rege im Gange sind. Für eine gute Ausbildung der technischen Leistungen werden zwei Stabführer unter Leitung des Kreisstabführers Genossen Steinbühler. Im ersten Kurkurs, der im Oktober 1927 stattfand, wurde der „Hornmarisch“ im Schritt, sowie die Hakenmarische „Frei weg“ und der „Helenenmarisch“ geübt. Der Hornmarisch, der einer besonders guten Einübung bedarf, war auch dieses Mal (am 21. und 22. Januar) als Bearbeitungsmaterial anzuwenden. Außerdem „Trotz Klänge“ und der „Sozialistenmarisch“ für Trommel und Fiedel. Vorigen Sommer fand besonders guten Anklang bei den 65 erschienenen Kurkursen. Genosse Steinbühler verstand es gut, die einzelnen Stabführer so auszubilden, wie es nötig ist. In Zukunft wäre es aber angebracht, daß sich die Genossen aus dem 5. Bezirk etwas rege beteiligen. Mit dem Wunsche, weitere Kurse abzuhalten und dem Appell, daß sich alle Spielteute am Kreisfest beteiligen sollen, wurde der Kurkurs geschlossen.

Am 5. und 6. Mai findet in Chemnitz eine gemeinsame Übung dieser Bezirke statt. Bis dahin ist es Aufgabe aller Spielteute, die Übungen regelmäßig zu besuchen. Der Erfolg wird zum Kreisfest nicht ausbleiben. Am gleichen Tage findet auch die Vorbereitung der vereinigten Klavierkapellen des 4. Bezirkes, und zwar ebenfalls in Chemnitz, statt.

Beteiligt auch aber nicht nur als Spielteute zum Kreisfest, sondern auch als Turner oder Sportler.

So sehen sie aus!

Immer und immer wieder wird den Arbeiter Sportlern von den Arbeitskollegen gesagt, daß die Vereine der „Deutschen Turnerschaft“ und der anderen Verbände „neutral“ sind, zumindest nicht nationalistisch angehaucht seien, so daß jeder Arbeiter und Gewerkschafter sich auch in diesen Vereinen „wohl“ fühlen könne. Daß dem nicht so ist, beweisen nachstehende Fälle:

In der Stadt Bochum hängen augenblicklich Plakate aus, in schwarz-weißer Umrandung, die zu einer Veranstaltung einladen. Das Programm auf dieser Veranstaltung wird ausgeführt von der Stahlhelmkapelle, dem „Kaiser-Luft“-Bund und der Turngemeinde Bochum.

Bei einer Veranstaltung im Parkhaus Bochum wirkten Turnerinnen des Turnvereins 1848 mit. Eine bürgerliche Zeitung schreibt folgendes darüber: „Eine föhliche Augenweide boten nun Turnerinnen des Turnvereins 48 unter Leitung von Fraulein Oswald, die in feierlicher Uniform einen schneidigen Paradezug vor dem „alten Fritz“ machten. Wie das klappte! Die alten Gewürten waren ganz begeistert. Zum Dank für den erlösenden Beifall machten die jungen Damen dann exakte Bodenturnübungen. Frauenturnmarkt 4. zeigte hierauf ein Rahmenhingen, das ungemein gefiel.“

Was sagen die Arbeiter und Gewerkschafter dazu? Wohin der Weg dieser Vereine führt, ist klar gezeigt. Entschieden auch für den Austritt aus den sogenannten neutralen, monarchistisch-verhafteten Vereinen und werden Mitglied im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Fußballsport

Der diesjährige Kreisfest der Schächler Spielvereinigungen, der am 20. bis 22. Juli in Dresden stattfindet, wurde für den 17. und 18. März nach dem Dresdener Volksfest verlegt. In 14-tägigen Beratungen soll eine Tagesordnung über die Spielregeln, die, — wie alle die vorherigen — gerade diesen Kreistag zu einer außerordentlich wichtigen Tagung werden. Alle kommenden Fragen der Gegenwart werden behandelt. So die Emission, die Teilnehmer und auch die Zuschauer. Neben den Berichten der Kreisleitung bilden auch Vorträge über die Schächler Verbandsarbeit. Zwei Reden („Der neue organisierte Fußball des Bundes“ von ...)

Achtung, Abonnenten!

Morgen ist die zweite Hälfte des Bezugspreises für den Monat Februar fällig. Unsere Trägerinnen haben strengste Anweisung, pünktlich und reiflos zu liefern. Wir bitten unsere Leser, das Geld bereitzuhalten und auch etwaige Rückstände zu begleichen.

Kreisfest, das am 20. bis 22. Juli in Dresden stattfindet, werden alle Sportarten mit einem gewissen Massencharakter vor die Öffentlichkeit treten. Auch an die Spielteute, die die Verarbeitete der freien Sportbewegung bilden, ist die Aufgabe gestellt, ihr ganzes Können zu zeigen und mit einem Massencharakter in Dresden aufzutreten. Nur eine gute Vorbereitung und regelmäßige Übung kann das ermöglichen. Die Spielteute des 3., 5., 7. und 13. Bezirkes haben sich zusammenschlossen und bilden eine Arbeitsgemeinschaft, in der die Vorbereitungen schon rege im Gange sind. Für eine gute Ausbildung der technischen Leistungen werden zwei Stabführer unter Leitung des Kreisstabführers Genossen Steinbühler. Im ersten Kurkurs, der im Oktober 1927 stattfand, wurde der „Hornmarisch“ im Schritt, sowie die Hakenmarische „Frei weg“ und der „Helenenmarisch“ geübt. Der Hornmarisch, der einer besonders guten Einübung bedarf, war auch dieses Mal (am 21. und 22. Januar) als Bearbeitungsmaterial anzuwenden. Außerdem „Trotz Klänge“ und der „Sozialistenmarisch“ für Trommel und Fiedel. Vorigen Sommer fand besonders guten Anklang bei den 65 erschienenen Kurkursen. Genosse Steinbühler verstand es gut, die einzelnen Stabführer so auszubilden, wie es nötig ist. In Zukunft wäre es aber angebracht, daß sich die Genossen aus dem 5. Bezirk etwas rege beteiligen. Mit dem Wunsche, weitere Kurse abzuhalten und dem Appell, daß sich alle Spielteute am Kreisfest beteiligen sollen, wurde der Kurkurs geschlossen.

Am 5. und 6. Mai findet in Chemnitz eine gemeinsame Übung dieser Bezirke statt. Bis dahin ist es Aufgabe aller Spielteute, die Übungen regelmäßig zu besuchen. Der Erfolg wird zum Kreisfest nicht ausbleiben. Am gleichen Tage findet auch die Vorbereitung der vereinigten Klavierkapellen des 4. Bezirkes, und zwar ebenfalls in Chemnitz, statt.

Beteiligt auch aber nicht nur als Spielteute zum Kreisfest, sondern auch als Turner oder Sportler.

Unmittelbare Bekanntmachungen

Die Kreishauptmannschaft Dresden hat den von den städtischen Körperschaften verabschiedeten 2. Nachtrag zur Verfassung der Industriekreisstadt Freital genehmigt. Dieser Nachtrag enthält folgende Bestimmungen:

- „Hinter § 4, Absatz 3, wird folgender Absatz eingefügt: „Die Stadtverordneten übertragen für die Dauer ihrer Ämter ihre Zuständigkeit mit Ausnahme der in § 8 der Gemeindeordnung genannten Angelegenheiten einem Ferienauschuss. Dieser besteht aus 9 Mitgliedern, die jedesmal vor Beginn der Ferien festzustellen werden. Er wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für diesen.“
 - „Jede eine Ausschuss-Mitgliedschaft von 2 Personen ist schriftlich beantragt, muß die Entscheidung der Stadtverordneten herbeigeführt werden.“
 - Der bisherige Absatz 4 von § 4 wird Absatz 5.
 - Dieser Nachtrag tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft.“
 - Kat der Stadt Freital, am 9. Februar 1928.
- Der Fleischermeister Max Rämpe, Freital, Schulstraße 14/16, beabsichtigt, die in seinem Grundstücksweiterbau entstehenden Schlachtraum- und Wassertankanlagen der Vorlaufschleife in der Schulstraße aufzuführen. Diese Schleife mündet auf Grundstück Nr. 229 der Flur Posthappel in die vereinigte Weisgraben. Die bezeichneten Abwässer sollen somit mittelbar der vereinigten Weisgraben zugeführt werden.
- Einwendungen gegen die beabsichtigte Einleitung vorgenannter Abwässer sind binnen zwei Wochen — vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet — bei dem städtischen Wasseramt schriftlich anzubringen.
- Beräumnis dieser Frist zieht Verlust des Einspruchsrechts nach sich, es sei denn, daß die Einwendungen auf besonderen privatrechtlichen Ansprüchen beruhen.“
- Kat der Stadt Freital, als Wasseramt, den 10. Februar 1928.

Allen Mitglidern zur Kenntnis, daß am Samstag, dem 11. Februar unsere Gemahlin

Frau Johanna Bischoff

nach kurzer Krankheit entschlafen ist. Ihre letzten Andenken.

Arb.-Sam.-Kolonna Pirna

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, den 15. Februar, 11 Uhr, Stellen 1111 am Volkshaus. Um vollzähliges Gedeit bittet d. V.

Die Beerdigung der Frau

Johanna Bischoff geb. Schmidt

findet am Mittwoch, dem 15. Februar 1928, 11 Uhr, von der Halle des Pirnaer Friedhofes aus, statt.

Verein Volksgesundheit Dresden-N. und Umgeb.

Mittwoch, 22. Februar, pünktlich 19 Uhr im Deutschen Haus, Großenhainer Straße 98

Jahreshauptversammlung

Tagungsordnung: Jahresbericht, Wahlen, Anträge

Anträge müssen bis 15. Februar an den 1. Vorsitzenden Pr. Moshage schriftlich eingegangen werden. Der Vorstand.

Drucksachen aller Art für alle Zwecke, sauber und in wirkungsvoller Ausführung, in jeder Auflage nach gegebenem oder auch eigenem Entwurf, in Linol als Spezialität

druckt die Peuvag Dresden-Alst., Güterbahnhofstraße 2

Lichtspiele Freiburger Platz

1000e und aber 1000e haben den Roman gelesen! Sie alle wollen den Film sehen!

Mädchenhandel
 Eine internationale Gefahr

Die Hölle von Rio
 nach dem Roman Hackebeils Illustrierter „Piüsch und Piümsky“

7 Akte aus dem Milieu des Mädchenhandels und der Frauenjagd

der lustige Teil: Einlagen (4 Akte)

Einlaß 10 Uhr; Beginn 10.30, 18.30, 20.30 Uhr

In Vorbereitung: **Domela** Her falsche Prinz v. a. Dresden Volksz. u. g.

Berufskleidung

Schlofferanzüge
 Maurerblusen
 Maurerhosen
 Eisenbahnerhosen
 Schreinerhosen
 Arbeiterhosen

Diese Schuhe billig bei

Ernst Klaar
 Lillegasse 52
 oder Tschelmsstraße
 (Nähe Ortstranienhalle)

Alle Farben und Lacke

1 Fußböden, Türen, Fenster in allen gewöhnlichen Farben, streichfertig u. sehr schwer, wie auch Wandfarben, Schablonen, Pinsel usw. in

Drogen- u. Farbenhaus Paul Sachse Pirna Gegenüb. 4. Pirnaer Anzeig.

Anzüge u. Mäntel
 (auch nach Maß)
 liefert preiswert

Gepa-Kleidung
 Fra. bez., Bu. gstr.

Imperial-Theater
 Freital-Deuben, am Rathaus

Ab heute:

Liebe geht seltsame Wege

Hoch die Arbeit (damit keiner ran kann)
 Beginn täglich 8.15 Uhr, Freital, Sonnabend und Sonntag 6.15 und 8.15 Uhr. Erwerblos 30 Pf.

Voranzeige!
 Nachvorstellung, abends 11 Uhr, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, den 15., 16., 17. Februar

Das Werden des Menschen

Von der Empfängnis bis zur Geburt für Jugendliche verboten. Kartenvorverkauf an der Abendkasse

Bäckerei Badelt
 Schandauer Str. 79 / empfiehlt
 frische Backwaren
 Kaffee

Alle Leser

der Arbeiterstimme sind gewöhnt, auch dem Inseratenteil die gebührende Beachtung zu schenken, sie

kaufen nur

beeinflusst durch die in den Geschäftsanzeigen gemachten preiswerten Angebote

bei den Inserenten

300 Millionen empfangen eine Kommission

Von unserem Berichterstatter

London, 9. Februar 1928.

Aus den Berichten der englischen Presse über die Protestbewegung, die Indien aus Anlaß der Ankunft der sogenannten Simon-Kommission" erfährt hat, geht trotz der spärlichen und tendenziösen Berichterstattung deutlich hervor, daß es sich um eine sehr tiefgehende national-revolutionäre Bewegung handelt. Am härtesten ist die Protestbewegung in den Industriezentren Bombay, Kalkutta und Madras, wo am Tage der Ankunft der Kommission der Generalstreik mit glänzender Geschlossenheit durchgeführt wurde und wo die Bewegung auch hinausging über die Trauerkundgebung, auf die die bürgerlichen Nationalisten die Bewegung beschränken wollten.

In Bombay hat eine große Massendemonstration die Kommission, die bekanntlich aus Vertretern der Konservativen, Liberalen und Arbeitervertretern zusammengesetzt ist, mit schwarzen Fahnen empfangen, die Inschriften, wie: "Nieder mit dem britischen Imperialismus", "Heraus mit der Simon-Kommission" enthielten. Der größte Teil der Geschäfte war geschlossen, ebenso die Universitäten und Schulen. Die Betriebe freilich. Auch der Verkehr in der Stadt war zum größten Teil stillgelegt. Die indischen Bevölkerungsteile waren von Jubelstimmung erfüllt und machten den Eindruck eines Feiertages. Auch hier waren fast sämtliche Betriebe sowohl in der Industrie als auch im Handwerk, geschlossen. Die Arbeiter, die noch morgens in die Betriebe gingen, haben bereits in den ersten Vormittagstunden die Betriebe wieder verlassen. In verschiedenen Stellen der Stadt fanden große Demonstrationen unter freiem Himmel statt. Die Studenten und Arbeiter hielten gesonderte Demonstrationen ab, auf denen Figuren von Baldwin, Birkenhead, Simon und MacDonald verbrannt wurden. Im Laufe des ganzen Tages durchzogen ununterbrochen große Züge von Streikenden die Straßen der inneren Stadt. Auch eine große Versammlung, einberufen von den bürgerlichen Nationalisten und einem Teil der indischen Liberalen, nahm eine Resolution an, daß die Verfassungskommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung für Indien unannehmbar ist und die Verankerung aufgeschoben wird. Die Kommission während ihres Aufenthaltes in Indien überall und in jedem Stadium zu konstatieren.

In Kalkutta kam es zu gewaltigen Stillelegungen der Straßenbahnen und der Autobusse. Die Trauerkundgebung und der Streik sind hier vollständig bis auf einzelne mohammedanische Unternehmungen. Die Polizei hat 5 Panzerautos eingesetzt, und nachdem die Demonstranten mit Steinwürfen die Polizei attackiert haben, die Menge auseinandergetrieben und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

In Madras kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Demonstranten hatten einen Laden, der trotz der Trauerkundgebung offen war, gestürmt und demoliert. Ein hoher Regierungsbeamter, Morehead, der gerade in seinem Auto vorbeifuhr, wurde von der Menge getroffen und sein Auto in Brand gesetzt. Die Erregung hier, nachdem einige Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Menge stürzte sich auf die Offiziere und Polizisten. 2 Offiziere und 8 Polizisten wurden verwundet. Die Menge verlor die Verhafteten zu befreien. Weitere Polizeieinheiten wurden aufgerufen, und eine hiervon gab eine Salve zur Zerstreung der Menge. Ein Toter und 5 Schwerverwundete blieben auf dem Platze.

Nach weiteren Meldungen wurden in Bombay, Kalkutta und Madras stärkere Truppenabteilungen aufgeschoben. Die Unruhen dauerten bis spät in die Nacht. Viele Engländer wie auch hohe indische Beamte wurden von der Menge angegriffen und verletzt.

Die Montagnummer der "Times" verzeichnet es mit Genugtuung, daß in Delhi die Kommission ungehindert eintreffen konnte und daß die Boykott- und Streikbewegung in jenen Teilen Indiens, wo die mohammedanische Bevölkerung überwiegt, nur ganz schwach ist. Sie bezeichnet es als eine ganz besondere Aufgabe der Kommission, die Interessen der nationalen Minderheiten der Mohammedaner gegenüber den Hindus zu wahren. Die englische Presse in Indien warnt die bürgerlichen Nationalisten vor den Folgen der Streik- und Boykottbewegung, in der die Arbeiter, Studenten und das arme Kleinbürgertum die Hauptrolle spielen. Der Bischof von Allahabad, hat in seiner letzten Erklärung betont, daß gerade die Zusammenkunft der Kommission ohne indische Beteiligung ihre Unparteilichkeit gefährdet (1) und daß sie durch die Boykottmaßnahmen sich nicht hindern lassen werde, ihre Aufgabe durchzuführen. Sie wird das um so mehr tun, weil die Kommission nicht überall verurteilt werde und ein großer Teil von verantwortlichen indischen Beamten, wie auch der mohammedanischen Bevölkerung, der Kommission mit Sympathie gegenüberstehe.

Schon aus diesen offiziellen englischen Berichten geht hervor, daß der britische Imperialismus, unterstützt durch die Führung der englischen Arbeiterpartei alle Maßnahmen zur Niederhaltung der national-revolutionären Bewegung trifft. Er bedient sich dazu neben den brutalen Nachmitteln auch des allerprägnantesten Mittels der Schlingung der religiösen und nationalen Gegen-

Der mitteldeutsche Kampf, ein Beispiel für die Gesamtarbeiterchaft

Mit Recht schreibt die Leipziger Volkszeitung vom 10. Febr., daß die mitteldeutschen Metallarbeiter nicht deshalb ausgebeutet sind, weil ihre Lohnforderungen nicht in höherem Maße als durch den Schiedspruch gelassen sollten, durchgeführt werden könnten, sondern weil an ihnen ein Exempel statuiert werden soll. Diese Zusammenhänge waren auch bisher schon zu sehen, wie es ganz deutlich beispielsweise aus folgenden Zeilen der Kölnischen Zeitung vom 9. Februar hervorgeht.

Ein Sieg der mitteldeutschen Metallarbeiterchaft würde, so betont das Organ Streikmanns, innerhalb kurzer Zeit gleiche Lohnforderungen in anderen Teilen des Reiches zur Folge haben. Am 31. März läuft nämlich eine große Zahl Tarifverträge ab. Würde jetzt im Falle Mitteldeutschlands ein öffentliches Interesse als vorliegend anerkannt werden, um ein allein den Metallarbeitern dienendes erneutes Schiedsverfahren anzuberaumen, so würde mit großer Wahrscheinlichkeit das gleiche öffentliche Interesse einige Wochen später für die Metallindustrie in anderen Gebieten Deutschlands festgelegt werden.

Was hier die Kölnische Zeitung auspricht, ist nichts anderes als die Aufforderung an das Reichsarbeitsministerium, keinerlei Zugeständnisse an die mitteldeutsche Metallarbeiterchaft zuzulassen. Während im Vorjahr hier und dort noch geringe Lohnerbahungen unter dem Druck der sich in Bewegung setzenden Massen ausgebilligt wurden und keine Produktionsunterbrechung und Schwächung der Kapitalsakkumulation zulassen fühlten sich die Metallindustriellen und mit ihnen das gesamte Unternehmertum bereits heute so hart, um jegliche, auch die geringste Lohn-erhöhung bei den am schlechtesten entlohten Arbeitern zu verhindern. Das und nichts anderes ist der Sinn obiger Ausführungen und eine Aufforderung an den Reichsarbeitsminister, in diesem Sinne zu handeln, weil sonst bei einem feigen Verlaufe des mitteldeutschen Metallarbeiterskampfes ihr Erfolg ein Ansporn zum beschleunigten Kampf auch für die übrigen Millionen Arbeiter ist, die vor Tarifstößen stehen.

Deshalb sagt die Leipziger Volkszeitung mit Recht folgendes zu dieser Bedeutung des Kampfes in Mitteldeutschland:

„Sind die mitteldeutschen Metallindustriellen vorgebildet als Schrittmacher der gesamten deutschen Unternehmerration, so sind die mitteldeutschen Metallarbeiter nicht weniger die Schrittmacher des gesamten deutschen Arbeiterinteresses an besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen.“

Mit dieser Feststellung allein ist aber den mitteldeutschen Metallarbeitern weder geholfen, noch ein feiger Verlaufe ihres Kampfes verhindert. In erster Linie gilt es deshalb, Schritt zu machen mit der antimonopolistischen Forderung und den Ausschluß-erklärungen leitend der Reformisten, die auch in der Leipziger Volkszeitung ihren Widerhall fanden. Die falschen Verleumdungen, die Magdeburger Metallarbeiter, die Arbeiter im gesamten Reich werden es den Reformisten nicht erlauben, den Arbeitern Anknüpfel zwischen die Beine zu werfen. Nicht Zerstückelung der Kampfströmung, nicht Verbindung finanzieller Hilfe für die Kampfstunden, nicht Verhinderung von anderen Lohnkämpfen im mitteldeutschen Kampfgebiet, sondern nur das Gegenteil kann den mitteldeutschen Metallarbeitern gegen die geschlossene Unternehmerration zum Erfolg verhelfen.

Die Juden und verfuhr gleichzeitig, die feudalen Fürsten und die große Bourgeoisie als die „verantwortlichen“ Auserwählten, im Gegensatz zu den „antimonopolistischen Elementen“, wovon unter das Proletariat, die Bauernschaft und das national-revolutionäre Kleinbürgertum gemeint sind. Die Führung der englischen Arbeiterpartei steht auch hier ganz offen als Heuler- und Feind des britischen Imperialismus gegen die indischen Volksmassen.

Folgt dem Beispiel des Hanauer Ortskartells

Auf der am 8. Februar stattgefundenen Kartellversammlung des DMB-Ortsausschusses in Hanau wurde u. a. auch Stellung genommen zum mitteldeutschen Metallarbeiterskampf. In einer einstimmig angenommenen Entschließung nahmen die Versammelten

Kenntnis von dem Versuch der Verhandlungsleitung des DMB, sich in parteipolitische Angelegenheiten der SPD einzumischen, den kommunistischen Vertretern in den Parlamenten Vorschriften zu machen, und kommunistische Angehörige des DMB unter Androhung von Maßregelungen zur Nichtdurchführung ihrer proletarischen Willen zu zwingen.

Infolge der grundsätzlichen Bedeutung dieser Veruche einer bestimmten Richtung innerhalb der Gewerkschaften erklärt die Kartellversammlung:

1. Die Einmischung von Gewerkschaften in parteipolitische Angelegenheiten einer proletarischen Partei widersprechen den Grundlinien der freien Gewerkschaften und müssen daher aufs schärfste zurückgewiesen werden.
2. Ebenso ist der Versuch verurteilt, Gewerkschaftsmitglieder unter Androhung von Maßregelungen von den Pflichten und damit der Arbeiterchaft gegenüber abzuhalten.

In zunehmendem Maße erkennt dies die Arbeiterchaft im gesamten Reich so daß trotz aller reformistischen Hindernisse gegen die kommunistischen Forderungen die wachsende Sympathie, Solidaritätskündigungen, materielle Hilfe für die kämpfenden und die Kampfanlage gegen die antimonopolistische Seite der Reformisten einleitet.

Soll den mitteldeutschen Metallarbeitern ein Erfolg, dem gesamten Unternehmertum eine Niederlage bereitet werden, so gilt es, in den Gewerkschaften durchzusetzen:

- Die Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse!
- Die Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse!
- Organisierung von Demonstrationen und Massenversammlungen im ganzen Reich!
- Organisierung einer Unterstützungsaktion im ganzen Reich durch den DMB!
- Beantwortung der Aussperungsandrohung mit der Mobilisierung der Arbeiter und Organisierung der Kampfparabteilungen in den lebenswichtigen Betrieben Mitteldeutschlands!

Um die Arbeitszeit in der Hüttenindustrie

Der Vormärz vom 11. Februar berichtet nach der Ungültigkeitserklärung des Arbeitszeitbeschlusses durch das Arbeitsgericht Dresden nunmehr darüber, daß das Arbeitsgericht sich in seinem jetzt schriftlich vorliegenden Urteil nicht reißlos die Argumente des DMB zu eigen machte. Wörtlich heißt es dazu weiter: „Es kommt zu der Entscheidung, daß der Schiedspruch soweit er die tägliche Mehrarbeit von einer Stunde festsetzt, nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoße und besonders durch den Akt der Verbindlichkeitserklärung bindendes Recht für die Tarifparteien geworden sei. Dagegen erklärt das Urteil die Sonntagsarbeit in dem verletzten Maße für ungesetzlich und für soweit den Schiedspruch für nichtig.“

Wenn ein Teil eines Vertrages nichtig ist, ist der gesamte Vertrag nichtig, weil nicht anzunehmen ist, daß der übrige Teil für den Fall, daß der eine ohne Geltung ist, für die Parteien bestehen bleiben soll, da er mehrere zusammenhängende Arbeitsprotelle regelt. Vielmehr ist der Vertrag als einheitliches Ganzes zu betrachten, was bei der Ungültigkeit eines Teiles die gesamte Unwirksamkeit der privatrechtlichen Verhältnisse gemäß § 139 BGB nach sich zieht. Damit ist der Schiedspruch in allen seinen Teilen unwirksam.“

Nach diesen Darlegungen verlor das Arbeitsgericht Dresden einen Teil des für ungültig erklärten Schiedspruches aufrecht zu erhalten, während nur ein anderer Teil desselben nichtig, also ungültig sein soll. Mit Recht betont in diesem Falle der Vorwärts, daß der gesamte Schiedspruch und sein ganzer Inhalt „in allen seinen Teilen unwirksam“ ist.

Wie für die lässlichen Hüttenarbeiter, kann es demnach also auch für die Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet und anderen Hochlohenwerken nichts anderes geben, als nunmehr verstärkt den Kampf für den Achtstundentag aufzunehmen. Die lässlichen Hüttenarbeiter haben durch das Verlassen der Betriebe auch den übrigen Hüttenarbeitern den Weg gewiesen. Überall gilt es deshalb durchzusetzen, daß durch den DMB die Arbeiter in der Hüttenindustrie aufgefordert werden, die Betriebe nach acht Stunden zu verlassen und die Sonntagsarbeit zu verweigern.

3. Vielmehr stellt die Kartellversammlung fest, daß der Versuch der Leitung des DMB, Mitglieder der SPD deshalb aus dem Verband auszuschließen, weil sie Anträge in den Parlamenten zur Unterstützung der Streikenden und Aussperreten eingebracht haben, praktisch eine Unterdrückung der Unternehmer und damit eine Schwächung der Arbeiterchaft bedeutet! Angesichts der Tatsache, daß das Unternehmertum aus den Steuertrögen der Arbeiterchaft auf dem Wege über die Parlamente sich Millionen verdienen würde, wäre es ein Verbrechen, wenn die Vertreter der Arbeiterchaft nicht jede Gelegenheit auszunutzen würden, um der Arbeiterchaft Vorteile zu verschaffen. Die Kartellversammlung hält daher die Stellung von Anträgen in den Parlamenten zur Unterstützung von kämpfenden Arbeitern nicht nur für berechtigt, sondern die Arbeitervertreter sind dazu verpflichtet. Jede andere Stellungnahme schädigt nur die Arbeiterchaft.
4. Die Kartellversammlung erwartet daher, daß die angeordneten Maßnahmen sofort rückgängig gemacht werden.“

Oppositionserfolg in Halle

Am Sonnabend fand die Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes statt. Er herrschte eine ungeheure Empörung über das reaktionäre Verbandsstatut, das die Ablehnung der 3 SPD-Angestellten, die zugleich die Besolmündigten und den Geschäftsführer darstellen, verbietet. Bei der Wahl der Richter wurden 5 Kommunisten gewählt mit einem Stimmenverhältnis von 120 gegen 40 Stimmen.

Personenliche Redatoren: für Jugend- und Jugendpolitik: Bruno Gaidhammer; für Politik, Gewerkschaftliches, Sport und Gesundheit: Richard Spengler; für den Parteibereich: Erich G. Buxte, J. J. in Dresden. Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft - Druck: „Vorwärts“, Druckereibetriebe Dresden

Der Wind pfliff von Norden. Das Schiff war noch mit starken Seiten an dem Pier festgebunden. Es pendelte durch den Druck des ankommenden Wassers langsam hin und her. Manchmal hob es sich steil empor. Es sank aber wieder zurück. Die Seile waren zu fest.

Die Männer, eine bunt zusammengewürfelte Schar von Arbeitern, standen vorn auf ihrem Deck. Sie starrten wie junge, unbeschaarte Hunde. Sie gingen aber trotzdem nicht von der Stelle.

Endlich kam der Offizier mit der roten Fahne. In die Felsen geschüttete Matrosen stürzten sich auf die Seile, lösten sie von den klöbigen Pfosten, warfen sie in das Wasser, und das Schiff fraß sie in sich hinein.

Die rote Fahne wurde geschwenkt. Unter den Männern begann die Schraube zu rumoren. Sie knurrte erst felsam auf, lief aber später glatt und schütterte nur noch leise.

Kudweise löste sich nun das Schiff. Es drückte sich schräg gegen die Fluten, heulte auf wie ein kriegerischer Elefant, drehte sich und dampfte in den Strom hinaus.

Auf dem Strom war es noch kalter. Der Wind schlug den Männern so hart um die Körper, daß ihre Nasen und Ohren steif und blau wurden. Sie fliesen aber stehen. Sie stemmten ihre Beine fester auf die groß gepöbelten Klanken und sahen hinter sich den rufenden, windenden Menschen und über sie hinaus auf die große, steinerne Stadt.

New York! Gigantisch erhob sich dieser Häuserfloh aus Wasser und Nebel. Die Spigen berührten die Wolken, und die rot umranderte Sonne hing über der gewaltigen Höhe wie eine kleine düstere Lampe.

Die Männer wußten nicht recht, warum sie hinüber nach der Stadt sahen. Es hing feiner an ihr. Vor Jahren ihre Sehnsucht, war alles, was sie in ihre Umarmung gezogen hatte, verflüchtigt und untergegangen. Aber sie liegen die Augen nicht von ihr. Sie blinzelten sie an, die Stirnen die gestirnt, jeder mit einem besonderen Gesicht.

Sie waren auch sonst nicht gleich. Sie standen nebeneinander wie ein kurzes Kettenglied mit verschiedenem Aussehen. Ein Ring war etwas größer und verschöner als der andere.

Als der letzte Turm ins Wasser sank, plötzlich, das Wasser konnte ihn auch verschlingen haben, haben die Männer auseinander. Sie halperten über das Deck. Schief und ungenkt ließen sie zu den kleinen Treppen, tauchten an ihnen nach unten, und der eiserne Schiffsbau nahm sie in sich auf, als wäre er schon ewig ihre Behausung.

Als der Gong zum Essen läute, sahen sie sich alle wieder. Sie sammelten sich in dem großen Speiseraum um eine lange Tafel. Langsam setzten sie sich. Ihre Gesichter waren noch blau und rot, und sie hingen über dem grünwürfelten Tischstuch wie baumelnde, glänzende Glasballone.

Sie waren lange eine schwiegende Gesellschaft. Keiner beachtete den andern, und jeder verzog seinen Mund, als hätte er etwas Bitteres gegessen. Mit der dampfenden Suppe veränderte sich das aber. Ihr Luft hing wärmend in alle Rufen und wärmte die Menschen mit. Die ersten sahen sich an. Sie hoben ihre Augen und tasteten einander ab. Es war ein vorichtiges und grobes Einanderabtaffen. Es ging bis auf die Knochen, aber es schien zur Zufriedenheit auszufallen.

Die beiden Engländer fanden die Gesellschaft zuerst allright. Die sahen sich gegenüber. Der eine war lang und bleich. Er hatte das Gesicht, das die bessere englische Gesellschaft schon seit Jahrhunderten durch die Welt schleppt, auf einem schlanken Körper einen durchsichtigen gelben Kopf mit bläulich schimmernden Augenhöhlen. Die Hände, die unter diesem Kopf sahen, waren schmal und die Finger daran ungewöhnlich dünn und lang. Die abgearbeiteten, verdeckten Fingernägel, die sie abschlossen, sahen aus wie schwarze, kugelige Narben.

Der andere war kleiner und dicker. Rund hing alles an dem unteren, krummen Körper, nur das Gesicht sah schräg, spitz und zusammengebrückt auf dem fetten Hals. Es pochte auch

sonst nicht zu dem kugelige Körper. Eine schiefe Nase sah unmittelfar und so platt, als wäre sie zusammengeklagen worden, über einem breiten, nach unten gebogenen Mund, und die blingelnden Augen mit den roten Tränenläden hingen an dieser Nase wie zwei dicke, laufende Lichter.

„Guten“, sagte dieser Krumme zu dem Langen und machte eine kleine Pause, in der er auf das Schüttern der Schiffschraube horchte, „wir fahren also.“

Der Lange schielte ihn freundlich an, zog seinen Kopf ein und antwortete: „Ja.“

„Freut euch das so?“ fragte ein kleiner Holländer, der neben dem Krummen saß, und er drehte den beiden sein aufgeschwemmtes Gesicht zu, ein Gesicht, in dem die Bartstoppeln so dicht saßen wie in einem ungepflügten Acker das halbgelblichgrüne Stroh.

„Sicher!“ krächte der Krumme, er blies sich spitz und ließ die Augen rollen, „denn wir fahren heim!“

„Ihr seid Engländer?“ fragte der Holländer weiter.

„Ja, Engländer!“ antwortete der Krumme, und du kannst es uns schon glauben, daß wir uns freuen, einmal wieder nach England zu kommen, denn es war kein Vergnügen, sich in diesem Amerika drei Jahre das Kreuz schief zu schütten, krumm zu werden und den Dicken ihre Geldbeutel zu füllen.“

„Sucht euch etwas Besseres“, sagte der Holländer und kniff die Augen zusammen.

„Etwas Besseres?“ wiederholte der Krumme laut. „Ich möchte wissen, wo es das gäbe. Wir Proleten sind Röhre, und wir werden in jedem Lande gemolken.“

Der Holländer sah den Krummen verdutzt an. „Gemolken?“ sagte er, und er ließ seinen Mund offenstehen.

„Ja, gemolken!“ schrie der Krumme noch lauter, und er stierte den Holländer gefährlich in das dicke Gesicht. „Oder meißt man dich nicht?“

„Rein! Rein!“ sagte der Angeredete plötzlich schnell, und sein Gesicht rötete sich und wurde blass, „ich habe ja eine Farm in Kanada. Ich melke selber!“

Den Krummen traf diese Antwort wie ein leichter Schlag. Er zog erst seinen eingebrückten Kopf noch näher an den Hals und wurde nachdenklich. „So, so“, sagte er dann, „eine Erdrat, bist du also, steißt dich und haßt Weizen und Ahi, und was nicht in deinen eigenen Magen geht, das verkaufst du.“

(Fortsetzung folgt.)

RADEBERG

BLUMEN FÜR FREUD u. LEID G. GÖHLICH Gartenbetrieb / Blumenhalle 63284	Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Klotzsche, Hauptstraße 3 63200	Textil-Wagner Hauptstraße 16 63207	Schuhhaus Baum Hauptstraße 23 63202	Warenhaus Steinhilber Hauptstraße 24 63203
Zigarren, Zigaretten, Tabak Willy Krause Hauptstraße 27 63209	Spezial-Duckgeschäft H. Steiger, Dresd. Naumann, Hauptstr. 13 63202	UHREN, GOLDWAREN, OPTIK OTTO RICHTER Hauptstraße 20 63207	Uhren / Goldwaren / Opt. Alfred Weiß, Hauptstraße 21 63201	Eisenhandlung, Hauptstraße 19 E. 20, Naumann, Dresd. Naumann 63204
Musik- und Tabakwaren GEORG HIPPE, Hauptstraße 9 63202	KAUFHAUS VOSS Dresdener, Ecke Bahnhofstraße 63203	Konfektionshaus Rudolf Lederer Hauptstraße 45 63207	Modehaus Karl Schütze Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung zu billigsten Preisen 63208	Nahmaschinen- und Fahrradhaus H. Bürgel, Hauptstraße 21 63201
Konditorei Paul Israel, Hauptstraße 60 63203	Mechan. Schuhreparaturanstalt, Leder- verkauf Th. Herbig, Bahnhofstraße 20 63204	Bubikopf Schritt- und -Pflge / Neuschaff in höchster Vollendung / Wasserweile / Ombalation Häutformen Paul Winkler, Güterbahnstraße 2 63209	Herren- und Damengarderobe Reparatur- und Maßwerkstatt Arno Ritter, Hauptstraße 40 63207	Fleischerei Max Messerschmidt, Hauptstraße 21 63201
Spezialhaus für Herrenmoden Franz Richter & Sohn, Hauptstraße 46 63203	Kolonialwaren / Grünwaren R. FOSSAN, Pulsitzer Straße 23 63209	Kohlen Landesprodukte Gustav Wallner, Rathenaustr. 33 63206	Fleischerei Max Ziegenbalg Erben Hauptstraße 55 63207	Photohaus Düre Hauptstraße 24 63204
Fleischerei J. Purschwitz, Hauptstraße 63207	Schokoladen und Süßwaren Hiesig und vortierlich bei "Käse" Radehera Dresdener Straße 11 Ostend-Stein, Str. 10; Pulsnitz, Neu- march 4; Romsig, Dismarstraße 7 63210	Fahrräder, Nähmaschinen, Sprachapparate EMIL KORN, Röderstraße 6 63203	Schuhhaus Winkler gegenüber bei 4101 63203	Teilkaffee- und Fischwaren Joh. Naumann, Hauptstraße 55 63204
LEBENSMITTEL Schackert, Hauptstr. 63209	Alfred Döschel, Hauptstraße 34 Tabakfabrikate / Zerklein. 8-2 63204	Möbel- u. Linoleumhaus Gust. Schax, Röderstraße 22 63204	Schühnhaus Vulsnitzer Straße 67 63208	Drogen und Farben "Bigand-Drogerie" Berntorf 1273 Oberstraße 3 63205
Dampfbäckerei Max Schreiber, Mühlstraße 18 63204	Müllhaus Willy Wendke Hauptstraße 40 63200	Lebensmittel Erich Weitzer, Oberstraße 36 63203	Herren- und Damenfrisier Kern. Liebe, Stolper Straße 11, II. Etage 63408	Edelhandlung Otto Richter, Mittelstraße 6 63211
METROPOL- LICHTSPIELE Föhrendes Haus am Platz 63208	FLEISCHEREI SCHIFFNER DRESDNER STRASSE 22 63401	Elektro-Tiebel Langestraße 3 Leuchtungsgeräte usw. 63201	Radeberger Fischhalle C. Haubner, Pirnaer Straße Ecke Berggasse 63207	Fahrräder, Kraftfahrzeuge H. Oetzel, Pirnaer Straße 28 63212
Kaufhaus Wernicke Höderstraße 1 bekannt beste Bezugsquelle 63200	Brot- und Weibäckerei Paul Henschel, Dresden Str. 33 63202	Vierhandlung Ernst Hartwig & Sohn, Dismar Straße 14 63208	Herren- und Damenfrisier Kern. Liebe, Stolper Straße 11, II. Etage 63408	Erste Radeberger Markthalle Edmund Schmidt 63215
Lebensmittel Miss Klemm, Schillerstraße 34 63409	Brot- und Weibäckerei Paul Henschel, Dresden Str. 33 63202	Rezeptionswaren Fritz Kändler, Höderstraße 16 63202	Herren- und Damenfrisier Kern. Liebe, Stolper Straße 11, II. Etage 63408	Schuhzentrale Radeberg Höderstraße 9 63201
Hotel Deutsches Haus (eine Minute vom Bahnhof) 63209	Brot- und Weibäckerei Paul Henschel, Dresden Str. 33 63202	Rezeptionswaren Fritz Kändler, Höderstraße 16 63202	Herren- und Damenfrisier Kern. Liebe, Stolper Straße 11, II. Etage 63408	

DRESDEN-OSTSACHSEN

Wir empfehlen Euch Goldstern cigarette 4 Pf.

Cigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden-N.

Nur dem Geschäftsmann unser Geld — Der es mit unserer Zeitung hält

Meißner Fahrradhaus Gerbergasse 12 63322	Trinkt Meißner Felsenkeller Cabinet 63311	E. Röder, Bahnhofstraße 22 Herren / Mützen / Herrenartikel 63308	F. Fisch- und Würstwaren Richard Thomke, Thomkestr. 2 und Kajete 63451	Witwin Neumann Outfitter und Autovermietung Telefon 166 63451
Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt Herrmann Heintzsch Gerbergasse 12 63322	Fleisch- und Wurstwaren H. Dölgel, Zerklein. 60 63345	Kurt Heide, Bahnhofstraße 21 Eisenwaren-Handelsgeschäft / eigene Schloßerei 63207	KURT BENAD Wäscheausstattungen, Herrenartikel Herrenstraße 3 63452	A. Synatzschke, Weststraße 8 Zigarren, Zigaretten, Tabak 63455
Alpina-Uhren nur bei Fritz Hoche Fitzstraße 13 63251	Fluß- u. Seefisch-Spez.-Geschäft Richard Breckwoldt, Plossenweg 12 63346	Albert Klunker, Drogerie Sachsenstraße (am Bahnhof) 63205	Trinkt Bier der Kamenzer Brauerei 63453	Herrenartikel, Maßschneiderei Rudwig Heu, Zerklein. 20 63456
Radio-Apparate — Akku-Ladestelle Rolf Bach G.m.b.H., Großschloßer Straße 26 63441	Emil Behmann, Firschbergstraße 14 Kolonialwaren 63348	J. Dieberichs, Sidonienstraße 1 Zigaretten-Spezialgeschäft 63204	MAX ZSCHOKKE Biergroßhandlung und Mineralwasserfabrik Simonstraße 15 Ferienstr. Niederschütz 2855 63271	Genossen! kauft beim VEIT Pulsnitzstraße 3 63209
Drogen- und Farbenhandlung Richard Bernowitz (Nestl.) Inhaber: ARNO DENNEWITZ Jahrl. Großschloßer Straße 34 63342	Fleisch- und Wurstwaren A. Wippler, Nikolaist. 6 63473	Carl Friedrich & Co. Bestellerei, Ecke Bahnhofstraße Vinoleum- u. Wachswaren, Tapeten 63203	Getränke-Industrie B. Zeuner Brennerei Niederseiffen 2067 erfrischende Biere in Böden und Flaschen zur Kurz-Abgabe / Speisebier / Bier Gourmanden mit und ohne Fruchtgeschmack, Zitrone-Limonade, Seidel, Berliner Weißbier, 200mliger Saft 63218	Emil Russig, Pirnaer Landstr. 16 Fahrräder / Nähmaschinen / Werkzeuge Eisen- und Kurzwaren / Reparaturen 63273
Kolonialwaren, Spirituosen und Fisch-Spezial-Geschäft Fritz Schultze, Großschloßer Str. 35 63343	F. W. Bier, Hahnemannplatz 12 Kolonialwaren 63477	Carl Schaeffer, Großschloßer Str. 62 Vorkaufstelle Bezugsquelle sämtl. Lebensmittel 63412	Butterhandlung Georg Schallfrath Niederschütz Straße 44 63274	Kreuz-Drogerie Bernt. Hoffmann, Kurhausstr. 2 Drogen / Farben / Photo 63214
Schuhhaus Gebr. Kunze Talsstraße 21a Spez.: „Afrona“-Schuhe 63344	Messow & Waldschmidt Nchf. Adolf Sternberg, Elbstraße Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufaktur- waren 63472	Alle Möbel- und Bauhandarbeiten leistet zu günstigen Bedingungen Max Müller, Dresden Str. 219b 63414	Restaurant Sieglisch Simonstraße 10 empfehl. seine Lokalitäten und Vereinszimmer 63212	Krone bleibt Krone Jeden Sonntag im vollst. renov. Saal Die beliebte Ballschau Eintritt: Herren 80 Pf., Damen 50 Pf., Nicht- Mitglieder 20 Pf. Taxt frei. Jedes Freitag: Der feine Damenball 63213
BRUNO KEMPE Kaiserstraße 24 Holz- u. Kohlenhandlung, Autofahren 63350	Optiker Wagner, Elbstr. 25 Photographie — Brillen- Lieferung — sämtl. Krankenkassen 63474	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	Ballhaus / Gasthof Meußlitz-Zschachwitz Jeden Sonntag BALL 63275	Gasthof Gorknitz Jeden Sonntag Ball / Einkehr der Arbeiter 63274
Musikapparate — Platten in jeder Preislage Musikhaus „Der Ton“ Kleinsmarkt 4 63476	Walter Richter Feinkost und Kolonialwaren Schützestraße 5 63471	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	DRESDEN REICH Feine Fleisch- und Wurstwaren Paul Claußnitzer, Reicker Straße 130 63229	Uhren, Goldwaren, Sprachapparate, Flauto, Reparaturen, Alfred Kuntz Reicker Straße 126 63224
Fahrrad-Göthe ist populär für Ware, Preis, Kreditgewähr Lutherplatz 5 / Spez.: Sprachapparate, Platten, Fahrräder, Motorräder, Näh- und Wringmaschinen 63297	Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe H. SACHS, Elbstraße 26 Altes Geschäft am Platz 63473	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	Wäsche, Textilwaren, Strümpfe Elisabeth Sauber, Tenner Straße 18 63225	Besucht die Bahnhofswirtschaft am Personenbahnhof und Güterbahnhof Inhaber Hermann Henkel 63209
Konzert- und Volkshaus „Goldner Anker“ 63217	Kleider-Winkler Wulfsner Straße 28 (am Lohm) 63229	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	Kolonialwaren, eigene Hausgeschickerei Onkar Fischer, Prohliser Straße 2 63201	Elektr. Anlagen, Beleuchtungskörper Bruno Zieger, Altreich 2 63227
Sporthaus Erich Brandt Bahnhofstraße 63219	Kaiserbrauerei u. Wanderheim Meißner Straße 141 Beliebte Einkehrstättle 63218	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	Feinkost-, Kolonialwaren, Spirituosen J. Kockel, Altreich 2 63222	Kaufhaus Reich, Altreich 2 Volgtsändisches Schürzenhaus Johannesstraße 23 63228
Schuhhaus Paul Jüst Bahnhofstraße 11 (Bahnhof) 63214	Paul Naumann Papier- und Schulbuchhandlung Gartenstraße 15, gegenüber Her. Schule, Tel. 866 63216	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	BLASEWITZ Gasthof zu Blasewitz Billigster Speisehaus Eigene Fleischerei Schillerplatz 11 63270	Reicker Drogerie, W. Sabro, Altreich 2, Drogen, Farben Überall, Haushaltsartikel 63235
H. Schackert, Bahnhofstraße 8a Kinojean, Wachswaren, Tapeten 63211	LINDENGARTEN Endstation der Linie 7 / Auch Taxidiale im -Fahren / Spezialtaxi im feinen Ballsaal 63210	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	BLASEWITZ Gasthof zu Blasewitz Billigster Speisehaus Eigene Fleischerei Schillerplatz 11 63270	Gasthof Reich, Eigene Fleischerei, Schloß- garten Garten mit Kefebahn, Verzei- nungsfest zur Verfügung 63230
H. Schackert, Bahnhofstraße 8a Kinojean, Wachswaren, Tapeten 63211	LINDENGARTEN Endstation der Linie 7 / Auch Taxidiale im -Fahren / Spezialtaxi im feinen Ballsaal 63210	Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf. Drogen / Kolonialwaren / Spirituosen 63411	BLASEWITZ Gasthof zu Blasewitz Billigster Speisehaus Eigene Fleischerei Schillerplatz 11 63270	KOLONIALWAREN, LEBENSMITTEL Ottlie. v. Schell. Lorenz, Lohmstraße 23 63211